

Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten

Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion u. Expedition: Berlin W. 52, Winterfeldtstr. 24
Fernsprecher: Amt VI, Nr. 6488
Redakteur: Emil Dittmer

Motto:
Staats- und Gemeindebetriebe
sollen Musterbetriebe sein

Erscheint wöchentlich Freitags
Bezugspreis vierteljährlich durch die Post (ohne Bestellgeld)
2 Mk. -- Postzeitungsliste Nr. 3167

Inhalt:

Vom sozialdemokratischen Parteitag in Jena. (II. Schluß). — Zur Sozialpolitik des Hamburgischen Staates als Arbeitgeber. — Eine impotente Stundgebung in Dresden. — Zur Lohnbewegung der städtischen Arbeiter Königsbergs. — Aus dem Arbeiterausschuß der Berliner Straßenreinigung. — Organisation und Arbeitsverhältnisse der Gemeinde- und Staatsarbeiter in den Vereinigten Staaten Amerikas. (II.) — Aus Politik und Volkswirtschaft. — Aus unserer Bewegung. — Rundschau. — Eingegangene Schriften und Bücher. — Feuilleton: Im Reiche der Nullen. — Totenliste des Verbandes.

Vom sozialdemokratischen Parteitag in Jena.

II. (Schluß.)

Mit dem Referat Bebel's über die Marokkofrage setzte der vierte Verhandlungstag ein. In großzügiger, alles bezwingender Redegewalt ging Bebel auf die auswärtige Politik Deutschlands und die Marokkofrage ein. In seinem Referat zeigte er die Ursachen der Kolonialpolitik unserer Zeit auf. Zivilisation und Christentum werden zur Veräntelung der kolonialen Mutterverbrechen vorgeschoben, in Wirklichkeit verlangt der Kapitalismus neue Ausbeutungsmöglichkeiten und Abgabengebiete. Anstatt friedlichen Handelsverkehrs sucht jeder Staat für sich ein Privilegium zu schaffen. So ist Marokko nun seit Jahren zum Streitobjekt geworden. Redner schildert eingehend die geschichtlichen Vorgänge. Die Kriegsheber hätten es am liebsten zu einer blutigen Entscheidung kommen lassen, und nicht einmal der deutsche Kaiser bestand vor den sich so „patriotisch“ gebärdenden Kaiserkroneckern. Veranbrüderung weiterer Schichten des Volkes, der Banken, der Geschäftswelt war das Signum dieser Woden, und erst der Börsensturz, der Sturm auf die Sparkassen brachte etwas Besinnung in die verantwortlichen Kreise, die nun selber in den offiziellen Blättern „bremsen“ und abwinkeln. Anstatt sofort den Reichstag zu berufen, lagt man hinter verschlossenen Türen, wo es sich doch um das Volk's Kopf und Geldbeutel handelt.

Eindrucksvoll war auch, was Bebel über die Folgen eines Krieges sagte: „Am ersten Tage der Mobilmachung werden die gesamten kriegsfähigen Mannschaften bis auf den letzten Mann anberufen. Das sind heute 5 bis 6 Millionen; ein ganz kolossales Aufgebot. Die Folge wird sein: eine Revolution unserer gesamten sozialen Verhältnisse. Millionen von Arbeitern werden weggerufen von ihren Familien, die nichts mehr zu essen und zu leben haben, Hunderttausende von kleinen Gewerbetreibenden können ihren Bankrott anfragen. Die Karte erleiden einen Sturz, von dem wir jetzt eine ganz kleine Probe erlebt haben. Der gewaltige Ausfuhrhandel wird unterbrochen, zahllose gewerbliche Unternehmungen kommen zum Stillstand. Die Preise der Lebensmittel erreichen eine unerschwingliche Höhe. Da fragen die Massen nicht nach Klassenrass, da fragen sie nach Arbeit und Brot. Wer will denn die Familien der Arbeitslosen unterstützen? Die Massen der Gewerkschaften können in wenigen Tagen bankrott. Dem Staat selbst kostet jeder Tag der Mobilmachung 45 bis 50 Millionen. Und nun der Krieg selbst, die furchtbaren Vermüstungen, bei der ungeheuren Entkalkung der Waffentechnik. Da wird eine Stimmung erzeugt, von der wir uns gar keinen Begriff machen. Wenn das kommt, dann sieht die Götting der bürgerlichen Gesellschaft auf dem Spiel.

Nach kurzer Debatte, in welcher Rosa Luxemburg und Liebknecht für Amendements eintraten, die einige Ergänzungen enthielten, wurde auf Antrag Dr. David die unveränderte einstimmige Annahme nachstehender Resolution beschlossen:

„Der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie zu Jena erhebt auf das nachdrücklichste Protest gegen jeden Versuch, einen männermordenden Krieg zwischen Kulturvölkern, wie sie das französische, englische und deutsche sind, herbeizurufen, der notwendig ein Weltkrieg werden müßte und mit einer allgemeinen Katastrophe enden würde.

Die Bestrebungen einer großkapitalistischen Clique, in Marokko festen Fuß zu fassen, um es um so wirkungsvoller kolonialpolitisch auszunutzen und dafür Gut und Blut des deutschen Volkes in Anspruch zu nehmen unter der verlogenen Vorgabe, „daß die Ehre und die Interessen der Nation“ dieses erfordern, weist der Parteitag als bewußte Fälschung der Tatsachen und schamlose Heuchelei zurück.

Die einzigen, die haben und drüben an dieser Verheerung verschiederener Kulturvölker ein Interesse haben, sind neben den Kolonialpiraten die Chauvinisten zu Wasser und zu Lande, deren Handwerk der Krieg ist, die nach Abancement und Auszeichnung dürsten, und die Fabrikanten und Lieferanten von Kriegsmaterial aller Art, die durch den Krieg ungeheure Gewinne in die Tasche stecken, auf die Gefahr hin, daß Hunderttausende von Menschen in diesen Stämpfen zugrunde gehen, Millionen in Not und Unglück gestürzt werden.

Nur den seit vielen Jahren betriebenen Hebereien der interessierten Kreise ist es zu danken, daß Mittel- und Westeuropa wiederholt in einen Zustand kriegerischer Unruhe verfiel wurden. Tiefe Weltmüder verdrängen dabei die Reichsregierung in die Rolle des geistigen Handlangers zu drängen, damit sie die Wehr- und Volkskraft der Nation ihren Interessen opfere. Der Grad, in dem ihnen dies gelang, zeigt, wie sehr die heutigen Regierungen der Verwaltungsausfluß für die Interessen der bestehenden Massen sind.

Der Parteitag weist mit Empörung diese dem Volke gemachten Zumutungen zurück und erwartet, daß insbesondere die deutsche Arbeiterklasse jedes mögliche Mittel anwendet, um einen Weltkrieg zu verhindern.

Der Parteitag fordert die sofortige Einberufung des Reichstages, damit der Volksvertretung Gelegenheit gegeben wird, ihre Meinung zu äußern und den völkerverhättnisvollen Manövern entgegenzutreten.

Das Raiffeiserreferat von Pfannkuch, das nun folgte, konnte naturgemäß nichts Neues bringen. Er hob die wachsende Uebereinstimmung von Partei und Gewerkschaft in dieser Frage hervor, ebenso die weitere Ausdehnung in diesem Jahre. Daran ist nun von verschiedenen Seiten gepöpselt worden; es wäre deshalb wünschenswert, wenn in Zukunft eine ernste Feststellung der Raiffeisernden vor sich geht, um so einwandfreie Zahlen zu haben. Die Debatte drehte sich um den bekannten Nürnberger Beschluß und ging etwas in die Breite. Wir sind der Meinung, daß wohl der Verlauf des Nürnberger Antrages nicht einwandfrei ist und gewissermaßen Ausnahmeharakter hat. Die Abführung eines bestimmten Tages erscheint uns aber durchaus berechtigt, nur müßte das für alle künftigen Parteigenossen zutreffen, die keinen Verdienstausschlag haben. Jedenfalls bleibt der bisherige Beschluß bestehen. Er ist sogar durch unbedingte Ausschlußandrohung verhängt worden. Hingegen wurde wider unser Erwarten leidlos, die Raiffeiser nochmals auf einem Kongreß zu verhandeln. Die ersten Raiffeiserdebatten, von denen wir nun allmählich verstanden wurden, drücken wieder von vorn zu beginnen.

Der fünfte Tag brachte das Referat Bebel's über die Reichstagswahlen. Er begann mit den Gottentotten-

Wahlen von 1907, die so lauten Jubel bei Kaiser und Königen auslöste und die Fürsten-Internationale gegen die Arbeiter-Internationale mobil machte. Aber lange dauerte die „Luft zum Leben“ nicht. Alle Nachwahlen brachten ein unglaubliches Anwachsen der roten Flut, und wenn in diesen Tagen nun auch noch Düsseldorf unser wird, so ist selbst der Zentrumsturm wackeliger geworden. Rebel beleuchtete die Taktik des blauschwarzen Ploß und wies nach, daß das Zentrum die grundsätzliche aller Parteien ist. Es war der gegenwärtige Erzbischof von München, der 1903 mit unserem Genossen Ehrhart im Dom zu Speyer und an möglichst ruhiger Stelle, unter den Kaisergräbern, die Vereinbarungen für die nächsten Landtagswahlen traf, und sie sind auch durchaus eingehalten worden. Derselbe Erzbischof von Bettinger ist heute einer der ärgsten Hasser der Sozialdemokratie. In nachdrücklicher Weise aber muß festgehalten werden die Stellung des Zentrums zu den entscheidenden Fragen im Reichstage, zu den Lebensmitteln und Fleischzöllen, zu den Sperrmaßnahmen, zu der ganzen agrarischen Politik, der ein ganz wesentlicher Teil der Verteuerung der Nahrungsmittel zu danken ist. Wie hat sich da das christliche Zentrum aufgeführt? Wir kämpfen für die Armen und Elenden, für die Mühseligen und Beladenen. Das sollte auch das Zentrum tun, das wäre seine Aufgabe. Vor Jahren schon hat Rebel im Reichstage einmal ausgerufen: Wenn Euer Christus einmal wiederkäme und Mitglied des Reichstages würde, er würde nicht bei Euch im Zentrum, sondern bei uns, der Sozialdemokratie, seinen Platz einnehmen, weil sie die einzige Partei ist, die die menschlichen Grundsätze seiner Lehre vertritt.

Das Wetterstein setzt sich fort, und eine neue Flottenborlage steht in Aussicht. Wie soll das anders enden als mit einer Katastrophe? Die jetzige Teuerung ist nicht bloß durch die Zölle und Steuern, sondern zum Teil auch, namentlich in diesem Sommer, durch Mizeranten hervorgerufen. Aber einen Punkt haben wir dabei bisher viel zu wenig berücksichtigt: Die Teuerung wird eine dauernde sein; die Preise werden zwar bei übergroßen Ernten zeitweise etwas heruntergehen, aber der Preis aller Lebensmittel wird auch in Zukunft ein so hoher sein, daß die kleinen Beamten, daß die Kleinbürger, daß vor allem die Arbeiter dauernd unter der Teuerung zu leiden haben, und daß die Arbeiter vor allem gezwungen sein werden, durch Lohnerhöhungen einzugemäßen das Loch auszugleichen, das die Teuerung in ihre Budget gerissen hat. Das mögen sich besonders die Unternehmer merken. Dieser Zustand zwingt die Arbeiter zu neuen Forderungen, zu neuen Kämpfen; die Arbeiter können nicht auskommen, und es ist ein Verbrechen, wenn ein Arbeiter, der das erkannt hat, nicht sofort seinen Eintritt in die Gewerkschaft anmeldet. Denn das ist die einzige Möglichkeit, die Teuerung auszugleichen, wie andererseits der Konsumverein unter den gegenwärtigen Verhältnissen eine notwendige Einrichtung ist. Die Arbeiter müssen den Konsumvereinen in Masse zustimmen, nicht nur, weil sie etwas billiger kaufen, sondern vor allem, weil sie unbeschränkt alle Lebensmittel bekommen. Die Verteilung der Lebensmittel hat eine ungeheure Höhe erreicht; würde da einmal gründlich nachgefragt, es würden erschreckende Dinge zum Vorschein kommen. Aber genau so wie die Arbeiterorganisationen Unternehmerorganisationen hervorgerufen haben, genau so hat das Unternehmertum sich bereits des Genossenschaftswesens bemächtigt, und insbesondere die Bauernschaft. Heute haben die Bauern ein so entwickeltes Genossenschaftswesen, wie kaum ein anderer Beruf, und das wird ausdrücklich benutzt zur Lebensmittelteuerung. Die Frage der Lebensmittelpreise ist für die ungeheure Mehrheit des Volkes zur Hauptfrage geworden.

Dem nächsten Reichstag wird auch der neueste Anschlag auf das Koalitionsrecht — das neue Strafgesetzbuch — vorliegen. Darüber die Arbeiter aufzuklären, wie das auf dem letzten Gewerkschaftskongress durch das Referat Heinemanns gescheh, ist unsere Aufgabe bei den bevorstehenden Wahlkämpfen. Auch die Frage des Dreiklassenwahlrechts muß wieder aufgerollt werden. Wedner erläutert dann die Stichwortsparole. Wir sehen also, daß die nächsten Reichstagswahlen die allerwichtigsten sind, die wir jemals durchgekämpft haben, daß für die Sozialdemokratie, für die deutsche Arbeiterklasse ungeheuer viel auf dem Spiele steht, und daß es jetzt unsere verdammte Pflicht und Schuldigkeit, den Kriegszug nach zu erklären. Alle Mann auf die Posten! Alle Mann an die Arbeit!

Nach kurzer Debatte wird folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Der Parteitag erwartet, daß, soweit es noch nicht geschehen sein sollte, die Parteigenossen in allen Wahlkreisen, in denen die Partei Anhänger besitzt, unverzüglich die Vorbereitungen

zur Reichstagswahl treffen, um selbständig in die Wahl einzutreten.

Der Parteitag erwartet weiter, daß die Parteigenossen die Wahlagitatorien gründlich ausnützen, um sowohl neue Mitglieder für die Parteiorganisation, wie neue Abonnenten für die Parteipresse zu werben.

Insbesondere muß die Wahlagitatorien auch für Erlangung des allgemeinen, direkten und geheime Wahlrechts im Sinne des Parteiprogramms für die Wahlen zum Landtag in Preußen wie in den Staaten, die das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht noch nicht besitzen, ausgenutzt werden.

Wo nach dem Ausfall der Hauptwahlen die Parteigenossen bei engeren Wahlen eine Entscheidung zwischen gemäßigten Kandidaten zu treffen haben, dürfen sie nur demjenigen Kandidaten ihre Stimmen zuwenden, der sich verpflichtet:

1. für Aufrechterhaltung des bestehenden Wahlrechts für den Reichstag;
2. gegen eine Beschränkung des Vereins- und Versammlungsrechts und des Koalitionsrechts;
3. gegen eine Verschärfung der sogenannten politischen Paragraphen des Strafrechts;
4. gegen ein wie immer geartetes Ausnahmegesetz;
5. gegen jede Erhöhung oder Neueinführung von Zöllen auf die Verbrauchsartikel der großen Masse;
6. gegen jede Neueinführung oder Erhöhung indirekter Steuern auf Verbrauchsartikel der großen Masse einzutreten und zu stimmen.

Der betreffende Kandidat ist zu ersuchen, seine Erklärung vor Zeugen abzugeben.

Siehe in der engeren Wahl zwei Kandidaten, die beide bereit sind, die aufgestellten Bedingungen zu erfüllen, so ist der Liberale dem Radikalen vorzuziehen.

In jedem anderen Falle ist strikte Stimmhaltung zu proklamieren.

Der Antrag Ed. Veransteins, eine Broschüre herauszugeben, um die gemeinsamen Interessen der arbeitenden Massen Englands und Deutschlands klarzulegen, wurde angenommen.

Wachenswert ist auch für unsere Kollegen die Erneuerung des Branntweinbottens durch folgenden Beschluß:

„Der Parteitag ruft den Parteigenossen erneut und auf das dringendste den Beschluß des Leipziger Parteitages in Erinnerung, wonach die organisierten Arbeiter aufgefordert werden, den Schnapsgegnuß zu unterlassen.“

Eine von Göhre begründete Resolution (Groß Berlin) gegen den „Neutralitätsfanatismus“ einzelner Hamburger Konsumvereinsführer wurde vor der Abstimmung zurückgezogen.

Der letzte Tag brachte neben einer Sympathieresolution für das unterdrückte Hindland den kurzen Bericht der Reichsverfassungskommission sowie die Wahlen zum Parteivorstand.

Abgegeben sind 393 Stimmzettel, gewählt sind zu Vorsitzenden Rebel mit 390 und Haase mit 283 Stimmen. Außerdem erhielt Ebert 102 Stimmen. Zum ständigeren Bericht, Ebert mit 379 Stimmen, zu Sekretären Braun mit 373 Stimmen, Ebert mit 379 Stimmen, Mollenhuth mit 389 Stimmen, Fern. Müller mit 379 Stimmen, Pfannkuch mit 390 Stimmen, Scheidemann mit 355 Stimmen. Außerdem erhielt Rudolf 54 Stimmen. Als Leipzigerin ist gewählt Luise Fiech mit 389 Stimmen. Für die Kontrollkommission sind gewählt haben mit 368 Stimmen, Pod mit 363 Stimmen, Ernst mit 361 Stimmen, Prähne mit 354 Stimmen, Timm mit 298 Stimmen, Ged mit 274 Stimmen, Alara Zetkin mit 261 Stimmen, Erbke mit 261 Stimmen, Hengsbach mit 247 Stimmen. Außerdem erhielt Lindenbaum 15 Stimmen, Hilgenbrand 138 Stimmen, Löbe 140 Stimmen. Zum Vorsitzenden der Kontrollkommission ist haben gewählt. Zu Vorsitzern des Vorstandes sind von der Kontrollkommission Liepmann und Wengels gewählt. Zu Mitgliedern des Bildungsausschusses sind gewählt: David, Hugo Heilmann, Karl Horn, Möring, Adolf Müller, Heinrich Schulz, der als Geschäftsführer bestimmt ist, und Alara Zetkin. Die Kontrollkommission beantragt, das Gehalt der neuen Sekretäre auf 1000 Mk. festzusetzen und diesen Beschlus auf die alten Sekretäre und Kassierer auszudehnen. Der Antrag wird ohne Debatte angenommen.

Als nächster Tagungsort wird Chemnitz bestimmt. Nach einem zusammenfassenden Rückblick des Vorsitzenden Fiech sang der Parteitag aus mit begeistertem Hoch auf die Sozialdemokratie und Absingen der Arbeitermarschlied.

Zur Sozialpolitik des Hamburgischen Staates als Arbeitgeber.

Mit der Zeit werden die Bemühungen der Hamburger Staatsarbeiter um Verbesserung ihrer Lage immer schwerer. Als die Bürgerchaft zum letztenmal im Jahre 1909 über die Arbeitsbedingungen der Staatsarbeiter verhandelte, fielen die diesbezüglichen Beschlüsse dieser Körperschaft äußerst mager aus, und die nun zwei Jahre später auf die Beschlüsse der Bürgerchaft erfolgte Erweiterung des Senats lautet, ihrem Gesamtinhalt nach kurz ausgedrückt: „Es ist alles gut.“ Dagegen müssen wir uns mit aller Entschiedenheit wenden. Die Behauptungen des Senats stehen zum Teil mit den Tatsachen in Widerspruch, und zum andern lassen sie den Versuch erkennen, die Auffassung hervorzurufen, daß die Arbeitsbedingungen in den Staatsbetrieben zurzeit nicht verbesserungsbedürftig sind. Darüber hat sich die Unzufriedenheit der Staatsarbeiterschaft gesteigert. Es muß von vornherein erklärt werden, daß entweder die Verwaltungsbehörden dem Senat unzutreffende Berichte über die Arbeitsverhältnisse lieferten, oder daß die mit der Bearbeitung dieses Materials betraute Geschäftsstelle des Senats anders lauten mußten.

Man kann sich aber auch ferner leider des Eindrucks nicht erwehren, daß die Darstellung der Verhältnisse tendenziös abgefaßt ist. Wesentliche Bestandteile der Arbeitsbedingungen sind gänzlich außer Betracht gelassen. Der Senat erklärt zunächst: „Die für eine gemeinsame Regelung in Betracht kommenden Einzelheiten des Arbeitsverhältnisses der verschiedenen Staatsarbeiter sind im wesentlichen bereits einheitlich gestaltet.“ In seiner Beweisführung läßt der Senat aber wesentliches fehlen. Hinsichtlich der Lohnverhältnisse wird gleich der Maximallohn erwähnt. Kein Wort dagegen über den Mindestlohn. Logischerweise muß man aber den Minimallohn passieren, um zu dem Maximallohn zu kommen. Jedoch mag in den Kreisen um den Senat herum ganz natürlich die umgekehrte Logik gelten. Sie sprechen vom Maximallohn und wissen also von einem Minimallohn, aber sie wissen nicht, wie dieser beschaffen ist, darum sprechen sie nicht darüber. Oder sollte es dem Senat widerstrebt haben, öffentlich etwas über den Mindestlohn der Staatsarbeiter zu sagen? Denn wahrlich, dieses Kapitel ist ein unruhliches Blatt im Buche der Geschichte des Hamburgischen Staates als Arbeitgeber. Bei der Straßenbeleuchtung beträgt der Mindestlohn noch 3,10 Mk. pro Tag, bei der Kanverwaltung 3,60 Mk. pro Tag, im Müllbetrieb, bei der Baudeputation und der Stadtwasserkunst 3,80 Mk. pro Tag, bei der Schlachthofdeputation und dem Krankenhauskollegium 23 Mk. pro Woche. Soviel Arbeitslohn in einer Arbeitswoche für vollbeschäftigte Arbeiter unter der gegenwärtigen Forderung. Solche Arbeiterentlohnung ist eine Schande für den Staat als Arbeitgeber. Bei den benannten Behörden haben die Arbeiterausschüsse schon vor Monaten, bei der Baudeputation und Stadtwasserkunst bereits vor anderthalb Jahren Anträge auf Erhöhung des Anfangslohnes gestellt, und alle Vierteljahre, so oft die Sitzungen der Arbeiterausschüsse stattfinden, erhalten diese immer wieder denselben Bescheid, nämlich: „Die Anträge befinden sich bei der Senatskommission für Staatsarbeiterangelegenheiten. Wir können Ihnen weiter nichts mitteilen.“ Demnach ist die Senatskommission für Staatsarbeiterangelegenheiten der Hemmschuh gegen die notwendigen Reformen in den Staatsbetrieben. In diesem Zusammenhang betrachtet, erscheint die Abhandlung des Senats, die den Stand der Minimallöhne verschweigt, in einem sozial trüben Lichte. Und was der Senat über den Maximallohn der ungelerten Arbeiter sagt, daß nämlich für diese der Maximallohn gleichmäßig festgesetzt ist, ist einfach nicht wahr; denn diese Worte in der Erweiterung des Senats können nur den Sinn haben: „Für die ungelerten Arbeiter der verschiedenen Staatsbetriebe ist der Maximallohn gleich hoch.“ Dies ist aber nicht der Fall. Denn der Maximallohn beträgt pro Woche: für die Arbeiter in den Botanischen Gärten 30 Mk., für die Arbeiter der Baudeputation, Section 1 und 2, der Gaswerke, der Stadtwasserkunst und des Friedhofes 29 Mk., bei der Schlachthofdeputation und dem Krankenhauskollegium 28 Mk. Tag, aber 30 Mk. mehr ist als 28 Mk., sollte doch wohl auch eines hohen Senats Rat wissen können.

Genau so schroff steht mit der Wahrheit in Widerspruch die Behauptung, daß für jeden Arbeiter, mit der Ausnahme der Affordarbeiter, die Mäßigkeit besteht, in Wochenlohn kommen zu können. Am Staatslai stehen nur die Schuppenarbeiter und Kranführer (nicht Festangestellte) in Wochenlohn. Aushelfer, Förster, Wächter und andere Arbeiterkategorien erhalten ausschließlich nur Tagelohn. Für die Arbeiter der Münze besteht generell kein Wochenlohn; nur die Vorarbeiter erhalten Wochenlohn. Für die Laternenwärter, 440 Mann, ist kein Wochenlohn

vorgesehen. Mehrere hundert Arbeiter der Waggerei und Stalerei, Affordarbeiter ausgenommen, erhalten keine Wochenlöhne. Und der Senat erzählt der Bürgerchaft das Gegenteil! Und dann erklärt der Senat weiter: „Damit ist aber dem Bedürfnis nach einheitlicher Gestaltung der Arbeitsbedingungen für die Staatsarbeiter im wesentlichen genügt.“ Wessen Bedürfnis ist damit genügt? Das des Senats und seiner Wahlverwandtschaft? Das glauben wir. Vorerst sollten doch aber die Staatsarbeiter gefragt werden nach ihrem Bedürfnis. Denn um den Preis ihrer Arbeitskraft handelt es sich.

Der Senat versucht auch zu beweisen, daß sich verschiedene Einzelheiten der Arbeitsbedingungen der Staatsarbeiter nicht einheitlich regeln lassen. Was aber der Senat in der Beziehung sagt, ist größtenteils an den Daaren herbeigezogen, ist kleinlich. Der Senat spricht in der Hinsicht von der „Beibringung eines ärztlichen Zeugnisses über Gesundheit und körperliche Tauglichkeit, Vorlegung eines Zeugnisses über die letzte Tätigkeit, Beibringung von Legitimationspapieren u. dergl.“. Und ferner: „Zur einheitlichen Regelung sind, mit Rücksicht auf die Verschiedenartigkeit der Verhältnisse bei den einzelnen Behörden, ferner nicht geeignet die Dienstpflichten der Arbeiter, die Bezeichnung ihrer Vorgesetzten und der Dienststelle, bei der etwaige Beschwerden anzubringen sind.“ Ja, und solch läppischen Auffassungen von den großen Aufgaben des Hamburgischen Staates als Arbeitgeber, der 18 000 Arbeiter beschäftigt, werden publiziert, und zwar unter der Verantwortlichkeit des Senats. Der Senat sagt weiter: „Ebenso erscheint eine einheitliche Regelung der Dauer der Arbeitszeit nicht angängig.“ Ja, erscheint nicht angängig. Kennt der Senat denn nicht das Sprichwort: „Der Schein trügt?“ Der Senat soll sich aber nicht auf den Schein verlassen, sondern sich überzeugen. Und er braucht bloß in die Wirklichkeit zu greifen, dann hat er die Ueberzeugung. Denn die Arbeitszeit ist doch schon längst einheitlich geregelt. Aber sie ist allgemein auf zehn Stunden täglich geregelt. Und nun braucht der Senat nur anzuordnen, von jetzt ab wird nur neun Stunden täglich gearbeitet. Dadurch wird die einheitliche Regelung an sich nicht im geringsten berührt. Und die neunstündige tägliche Arbeitszeit generell als gewohnheitsmäßige Arbeitszeit ist durchführbar. Der Senat würde auch anders über die einheitliche Regelung der Arbeitszeit reden, wenn die Arbeiterschaft anstatt einer Verkürzung der Arbeitszeit eine Verlängerung derselben fordern würde. Wir sind überzeugt, die elf- oder zwölfstündige Arbeitszeit würde in kürzester Zeit „einheitlich“ in Kraft treten. Als die Arbeiterschaft am 1. Januar 1910 einen neuen Lohnstarif erhielt, wollte sie auch die Arbeitszeit einheitlich geregelt haben, weil die Werkstattarbeiter im St. Georgs Krankenhaus täglich neun Stunden und die Arbeiter in den technischen Betrieben der übrigen, dem Krankenhauskollegium unterstellten Anstalten noch zehn Stunden täglich arbeiten mußten. Jawohl, sagte das Krankenhaus, einheitlich soll auch die Arbeitszeit sein, und da verlängerte es die neunstündige Arbeitszeit auf zehn Stunden. Dagegen hat sich die Deputation für das Beleuchtungswesen ihren Arbeitern gegenüber bereits schon im Jahre 1908 verpflichtet, für eine Verkürzung der zehnständigen Arbeitszeit bei dem Senat eintreten zu wollen. Diese Behörde hat später dann erklärt, der Senat habe den Antrag abgelehnt. Die Deputation für das Beleuchtungswesen selbst war also schon vor drei Jahren der Ansicht, daß eine Verkürzung der zehnständigen Arbeitszeit durchführbar sei. Und die Gaswerke mit ihren Nebenbetrieben sind jedenfalls derjenige Betrieb des Hamburgischen Staates, der am vielseitigsten, technisch am kompliziertesten und außerdem noch erheblich von Konjunkturschwankungen aller Art abhängig ist. Präses dieser Behörde ist Herr Senator Strad. Und der Senat behauptet, die Arbeitszeit ließe sich nicht einheitlich regeln. Ueber alle anderen Teile der Staatsarbeiter äußert sich der Senat in ähnlicher Weise. Seiner Meinung nach ist bereits alles für die Staatsarbeiter geschehen, was geschehen konnte.

Der Senat ist dem Ersuchen der Bürgerchaft nicht nachgekommen. Den Anträgen der Bürgerchaft zufolge sollten dauernd beschäftigte Arbeiter in Wochen-, Monats- oder Jahreslohn gestellt werden. Wochenlöhne sind noch nicht generell, wie bemerkt, bei allen Behörden eingeführt, was aber der Senat bestreitet. Und Arbeiter in Jahreslohn sind nur bei der Straßenreinigung, unter den Schichtarbeitern in den Gasanstalten und im Maschinenbetrieb der Wasserkunst; außerdem noch eine geringe Anzahl in den Kranken- und Arrenhäusern. Aber auch bei der Straßenreinigung sind nur 200 Jahreslohnarbeitern. Arbeiter kommen hiernach zurzeit überhaupt nicht in Jahreslohn.

In den Gasanstalten sind 56 und bei der Wasserkunst nur 33 Jahreslohnarbeiterstellen. Während das Aufsteigen in Wochenlohn von der Dauer der Dienstzeit und guter Führung abhängt, kommt hierzu mit Beziehung auf den Jahreslohn außerdem noch die Zahl der Stellen in Betracht. Und von den neuen Verwaltungsbehörden der technischen Staatsbetriebe haben, wie angeführt, überhaupt nur vier Jahreslohn eingestellt. Die Bürgererschaft hat aber jedenfalls bei ihrem Antrage gedacht, es solle Jahreslohn generell für alle Staatsarbeitergruppen, die gegen Zeitlohn beschäftigt sind, eingeführt werden.

Der Senat lehnt es auch ab, Affordarbeitern eine angemessene Vergütung für die in die Woche fallenden Feiertage zu gewähren. Der Senat erwidert: gegen diesen Antrag habe er „grundtätige Bedenken“. Er meint: „Es würde diesem Lohnsysteme, bei dem der zu zahlende Lohn lediglich nach der beschäftigten Arbeit bemessen wird, widersprechen, daß für Tage, an denen überhaupt nicht gearbeitet wird, eine Vergütung gezahlt wird.“ Auch wieder eine Betrachtung, die als oberflächlich und unlogisch bezeichnet werden muß. Es ist doch an sich zunächst gleichgültig, ob der Lohn nach der Arbeitszeit oder nach der Arbeitsleistung bemessen wird. Das Grundlegende des Arbeits- und Lohnverhältnisses ist die Arbeit an und für sich. Für den Staat kommt in erster Linie in Betracht, daß seine Arbeiten überhaupt ausgeführt werden, einerlei, ob gegen Afford- oder Zeitlohn. In allen Fällen getraucht der Staat Arbeiter und gegen diese ohne Unterschied hat er grundsätzlich die gleichen Pflichten. A. L. S. wie Zeitlohnarbeiter arbeiten — allgemein — nur an Werktagen, und nun erhebt die Frage, soll oder muß der Staat auch den Arbeitern die auf Werktagen fallenden Feiertage vergüten? Wird diese Frage grundsätzlich bejaht, und dies ist geschehen, dann muß die Vergütung den Affordarbeitern so gut wie den Zeitlohnarbeitern zu teil werden. Denn die letzteren erhalten durch die Vergütung der Feiertage Arbeitszeit, in der sie nicht arbeiten, also nicht geleistete Arbeit bezahlt, und um dies und nichts anderes handelt es sich doch auch bei den Affordarbeitern. Uebrigens kömmt zum Vergleich bei der Paraphrase die Bemerkung, daß Affordarbeitern stets mindestens der für dieselbe Arbeitergruppe festgesetzte Zeitlohn gezahlt werden muß. Und am Staatslat wird ebenfalls den Affordarbeitern der für sie festgesetzte Zeitlohn allwöchentlich gezahlt, einerlei, wie hoch der Affordarbeitsverdienst war; die Affordperiode dauert vier Wochen, wöchentlich wird ein Lohn von 4,20 Mk. pro Arbeitstag und der Affordmehrwertdienst am Ende der Affordperiode gezahlt, das heißt, wenn ein Mehrverdienst erzielt wurde. Immer also ist auch bei den Affordarbeitern der Zeitlohn die Grundlage des Entlohnungsverhältnisses. Wie will dem gegenüber der Antrag der Senatserwidern mit seiner Logik bestehen? Er erreicht aber durch seine Sophisterei unter dem Schein des Rechts 2000 Mitarbeiter und circa 1000 Arbeiter am Straßen- und Eisenbau von der Vergütung der auf Werktagen fallenden Feiertage „grundtätig“ auszuschließen. Und dies soll auch wohl der Zweck der Motion sein. Die Bürgererschaft vertritt — der Sache nach — in ihren Anträgen die Auffassung, auf Grund des § 106 des Bürgerlichen Gesetzbuches sollte der Staat seinen Arbeitern nach mindestens zweijähriger Beschäftigungsdauer den Lohn vom Tage der Erkrankung ab fortzahlen. Der Senat hat jetzt bekannt gegeben, erst nach dreijähriger Beschäftigungsdauer wird der Lohn vom Tage der Erkrankung ab gezahlt. Und dem Antrage, den im Ausschusse beschäftigten Beamten und Dienern einen regelmäßigen Erholungsurlaub nach einer „allgemeinen Anordnung“ zu gewähren, glaubt der Senat nicht entsprechen zu sollen. Was der Senat aber in der Hinsicht für seine Ansicht anführt, hat der kritischen Nachprüfung wenigstens wenig Stand, wie alle die bereits näher untersuchten Gründe seiner Bedenken gegen die Vereinheitlichung und Verbesserung der Arbeitsverhältnisse.

Die Bürgererschaft hat ihre Anträge an den Senat im Jahre 1909 beschlossen. Inzwischen haben sich aber die wirtschaftlichen und andere bei der Beurteilung der Arbeitsbedingungen der Staatsbeamten in Betracht kommende Verhältnisse zum großen Teil geändert. Die Teuerung drückt gegenwärtig enorm und wird im kommenden Winter noch schwerer drücken. Die Beamten mit einem Jahresgehalt bis zu 4000 Mk. erhielten am 1. Oktober 1910 eine Teuerungszulage von 100 Mk. Jetzt haben nun die Bürgerdienstmitarbeiter noch und nicht, welche ihrer Verunsicherung nach der Einkommenssituation nahe liegen, beantragt, jenen Beamten abermals eine Teuerungszulage von 100 Mk. zu gewähren, ferner auch den „Nichtdienstmitarbeitern“ eine Teuerungszulage von 100 Mk. und den Dienern eine „weiteren Tagen entsprechende“ Teuerungszulage zu bewilligen. Warum dieser nun zwischen Beamten und „Nichtdienstmitarbeitern“ kein Unterschied gemacht werden

soll, dagegen aber zwischen „Nichtfestangestellten“ und Arbeitern, obwohl dies begriffstechnisch gar nicht möglich, weil die Grenze nicht mehr zu finden ist, bleibt unverständlich. Der Notstand ist doch „unten“ zweifellos größer als „oben“. Aus der Sache selbst wird aber voraussichtlich überhaupt nichts werden. Vielleicht ist sie sowieso nur ein Scheinmanöver, die Gehaltsregelung für die Beamten zu beschleunigen. Diese Gehaltssteigerungen werden nunmehr auch ohnehin nicht mehr lange auf sich warten lassen. Der bürgerchaftliche Ausschuss, welcher die Gehaltsvorlage einer Nachprüfung unterzieht, wird alsbald seinen Bericht der Bürgererschaft vorlegen. Dann wird die Vorlage in Kürze Gesetz. Den Beamten ist dadurch geboten, eine Regelung der Lohnverhältnisse der „Nichtfestangestellten“ wird in Aussicht gestellt werden, und über die Arbeitererschaft wird mitgeteilt werden, daß diese eine Teuerungszulage nicht bedarf, denn die Löhne seien erst „abgeregelt“ worden. So war es früher und so wird es diesmal kommen.

In einer impofanten Verammlung nahmen unsere Kollegen nach eingehendem Referat des Kollegen Schönberg dazu Stellung. Folgende Resolution wurde nach zustimmender Debatte einstimmig angenommen:

Die am Sonntag, 17. September 1911, im Gewerkschaftshaus tagende Versammlung der in den hamburgischen Staatsbetrieben beschäftigten Unterangestellten und Arbeiter erklärt:

Die Staatsarbeitererschaft hat von der Erwiderung des Senats an die Bürgererschaft, betreffend die Arbeitsbedingungen in den Staatsbetrieben, mit tiefem Bedauern Kenntnis genommen. Die Staatsarbeiter erheben Einspruch gegen die fragliche Erwiderung des Senats auf die Anträge der Bürgererschaft. Es ist unrichtig, daß ein Maximallohn für ungelernete Arbeiter gleichmäßig festgesetzt sei und es ist ferner unrichtig, daß alle Arbeiter, mit Ausnahme der Affordarbeiter, in die Kategorie der Wochenlohnarbeiter kommen. Die Verammlung widerspricht aber auch der Behauptung, daß eine einheitliche Regelung der Arbeitsbedingungen, insbesondere der Dauer der Arbeitszeit, nicht möglich sei und ein diesbezügliches Bedürfnis auch nicht vorliege. Die Arbeiter und Unterangestellten des hamburgischen Staates haben vielmehr ein dringendes Bedürfnis, daß die Arbeitsbedingungen weiter einheitlich geregelt werden, und zwar in der Hauptsache durch folgende Verbesserungen: 1. Unvollständige Arbeitszeit, 2. Mindestlohn für ungelernete Arbeiter von 4,50 Mk. pro Tag und demgemäß Aufhebung der Löhne aller übrigen Arbeitergruppen, 3. Wochenlöhne und Fortzahlung des Lohnes in Krankheitsfällen vom Tage des Beginns der Krankheit ab nach einjähriger Beschäftigung, 4. Sommerurlaub nach einjähriger Beschäftigungsdauer, 5. Ruhe- und Winterferienvermehrung. Ferner legt die Staatsarbeitererschaft aber infolge ihrer momentanen äußerst mißlichen wirtschaftlichen Lage vor allem Gewicht auf die vorerwähnte Verbesserung der Lohnverhältnisse, sowie Alters- und Hinterbliebenenrenten. Die Verammlung richtet an den Senat und die Bürgererschaft das dringliche Ersuchen, die Lage der Staatsarbeiter abermals, und zwar grundsätzlich zu prüfen und dabei die hierdurch anzuregen und als unerlässlich notwendig zu bezeichnenden Reformen in Betracht zu ziehen.

Eine impofante Kundgebung in Dresden

Am 20. September, hat, schon lange vor Beginn der Versammlung kamen unsere Kollegen in dichten Scharen gesessen, so daß der Hofsaal „Iranien“, der größte der Dresdener Versammlungsorte, gefüllt war. Es galt zunächst, gegen die Lebensmittelteuerung, zum anderen aber gegen die Verschleppungspolitik der Städteverwaltung den Arbeiterforderungen gegenüber Stellung zu nehmen und zu protestieren. Stadt. Sen. H. Fischer sprach zunächst in wirkungsvollen Ausführungen über die Lebensmittelteuerung, wobei er ganz besonders das geradezu schandwürdige System der Einfuhrschemata und aus schließlich kritisierte. Donnernden Beifall fand er aus, als er sagte, daß bei den bevorstehenden Reichstagswahlen die Arbeitererschaft die richtige Luitung auszuüben habe. In seiner Eigenschaft als Geschäftsführer des Konsumvereins war der Referent in der Lage, zu zeigen, wie sich gerade die allerwichtigsten Nahrungsmittel der arbeitenden Bevölkerung, wie Weizen, Kartoffeln, Mehl, Butter und nicht zuletzt die Milch in den letzten Wochen unerhört verteuert hat. Hier wäre es Pflicht der Reichsregierung, der Kommunen gewis, den selbst die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen. Doch nichts von alledem. Da muß die Arbeitererschaft selbst sich auf den Weg machen und forcé, und zwar mit allem Nachdruck fordern, daß die notwendigen Maßnahmen ergriffen werden. Mit kurzem Beschlusse wurden die Ausführungen entgegengenommen. Mellege Reichler schilderte alsdann den bisherigen Verlauf der im April eingeleiteten Lohnbewegung. Wenn man sich vergegenwärtigt, daß der Rat auf

die im April eingereichten Anträge den Arbeiterausschüssen die bestimmte Zusicherung gegeben habe, daß noch im Laufe dieses Sommers die Lohnaufbesserung erfolge, daß aber bis heute, Mitte September, noch immer keine Beschlüsse des Rates vorlägen, so könne man eben nur von einer systematischen Verzögerung reden. In schärfer Weise kritisierte er dann die geradezu unerhörten Anforderungen, die an die Arbeitskraft der städtischen Arbeiter gestellt würden. An der Hand des Rechenschaftsberichts über das Ergebnis des Haushaltsplanes vom Jahre 1910 konnte er nachweisen, daß das vergangene Jahr für den Stadtsäckel glänzend genannt werden muß. Der reine Uberschuß, den der Haushaltsplan gebracht hat, beläuft sich auf das nette Einkommen von 1917 980 Mk.! Daran sind die städtischen Betriebe wie folgt beteiligt: Gaswerke: 3128 875 Mk., Elektrische Lichtwerke: 713 146 Mk., Elektrische Kraftwerke: 804 277 Mk. Allein diese drei Betriebe also haben einen reinen Uberschuß von 4 647 298 Mk. ergeben. Das sind 229 345 Mk. mehr als wie man erwartet hatte! Auf der anderen Seite aber haben auch die sogenannten Zusatzpositionen bedeutend weniger gebraucht, als wie man im Voranschlag angenommen habe. So sind bei der Straßenreinigung 43 000 Mk. weniger gebraucht worden, darunter an Löhnen für diekehrmannschaften allein 10 447 Mk. weniger! Wie man das fertig gebracht habe, so rief Redner aus, sei ein Rätsel, eigentlich aber auch nicht, wenn man sich ansehe, wie die Kollegen der Straßenreinigung geradezu geschunden wurden! Und in den Gaswerken ist es nicht besser. Der reine Kasernehof ist hier und die Arbeitsleistungen des einzelnen werden immer noch mehr gesteigert. Es sei eigentlich noch immer ein Wunder, daß sich die Empörung der Arbeiter noch nicht in elementarer Weise Luft gemacht habe. Und wenn man alle diese Verhältnisse kenne, dann dürften die städtischen Arbeiter wohl mit Recht verlangen, daß man ihren Forderungen Gehör schenke, daß man sie nicht an der Nase herumführe. Angesichts dieser Verzögerung sei es wahrhaftig nicht zu verwundern, wenn sich unter der Arbeiterschaft der Glaube verbreitet habe, daß man ihren Forderungen überhaupt nicht entsprechen wolle und daß man den Arbeiterausschüssen die Zusicherung auf Lohnerböhung noch im Laufe dieses Sommers nur deshalb gegeben habe, um die Arbeiter zu beruhigen. Angesichts der schon jetzt recht fühlbaren Teuerung aber könnten die Arbeiter nicht mehr länger warten, bis man die Erörterungen und Erwägungen über die Lohnerböhung zum Abschluß gebracht habe; eine sofortige Teuerungszulage müßten die Arbeiter haben, um wenigstens der ärgsten Not zu begegnen. Namens der Verwaltung und der Vertrauensmänner leite zum Schluß seiner Ausführungen Kollege Preißler folgende Resolution vor:

Die am 20. September 1911 im Volkshausaal außerordentlich stark besetzte Versammlung der Arbeiter und Handwerker der städtischen Betriebe muß zu ihrem größten Leidwesen konstatieren, daß hinsichtlich der im April eingereichten Anträge auf Lohnerböhung noch immer keine Beschlüsse des Rates vorliegen. Die Versammlung kann es einfach nicht verstehen, warum trotz der den Arbeiterausschüssen gegebenen Zusicherung, die Lohnaufbesserung noch im Laufe dieses Sommers erfolgen zu lassen, die Erledigung der Anträge auf so lange Zeit verzögert wird.

Diese Verzögerung muß bei den Arbeitern notwendigerweise den Glauben aufkommen lassen, als wolle man ihren Anträgen überhaupt nicht entsprechen, und daß die den Arbeiterausschüssen gegebene Zusicherung damals nur erfolgte, um die Arbeiter zu beruhigen.

Die Arbeiter können jedoch nicht mehr länger warten, bis die Erörterungen über die in Aussicht gestellte Lohnerböhung zum Abschluß gebracht werden. Die mit jedem Tage fühlbarer werdende Teuerung zwingt sie vielmehr dazu, eine sofortige Teuerungszulage zu beantragen.

Die Versammlung beauftragt daher die Leitung des Gemeindearbeiterverbandes, dem Rat und dem Stadtverordnetenkollegium das dringende Ersuchen zu unterbreiten: angesichts der bereits bestehenden und sich ohne Zweifel noch mehr verschärfenden Teuerung allen in den städtischen Betrieben beschäftigten Arbeitern und Handwerkern — ungeachtet der bereits im April gestellten Anträge — eine Teuerungszulage von täglich 30 Pf. zu gewähren.

Die Versammlung spricht die bestimmte Erwartung aus, ihrem nach Lage der Verhältnisse sicher berechtigten Verlangen entgegenzukommen zu sehen.

Nach kurzer Debatte wurde die vorgelegte Resolution einstimmig zum Beschluß erhoben.

Nach einer energischen Aufforderung an die Versammelten, das Gehörte auch in die Tat umzusetzen, nicht zu ruhen und zu

raften, bis der letzte städtische Arbeiter dem Verbandszugeführt sei, bei den im Herbst bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen und nicht zuletzt auch bei den Reichstagswahlen ihre Pflicht zu tun, wurde die abgelaufene Versammlung mit einem begeisterten aufgenommenen dreifachen Hoch auf die Organisation geschlossen.

Zur Lohnbewegung der städtischen Arbeiter Königsbergs.

Die städtischen Arbeiter Königsbergs stehen seit Frühjahr d. J. in einer Lohnbewegung. Ihre Löhne waren von jeher nicht besonders hoch bemessen und da sie seit fünf Jahren keine Aufbesserung erfahren haben, sind sie jetzt völlig unzulänglich. Die im vorigen Jahre bewilligte Familiengulage kann als eine Lohnaufbesserung nicht bezeichnet werden.

Der bisherige Verlauf der Lohnbewegung hat wiederum dem Beweis erbracht, daß der Liberalismus vollständig unfähig ist, positive Arbeit leisten zu können. Magistrat wie auch die Stadtverordnetenversammlung verfügen über eine absolute liberale Mehrheit. Soziale Rücksichtigkeit ist das Wahrzeichen der Arbeit beider Körperschaften.

Schon bei der Einreichung der Eingabe durch die Arbeiterausschüsse an Magistrat und Stadtverordnetenversammlung konnte man das Bestreben der Herrschaften beobachten, die Eingabe in die Versenkung verschwinden zu lassen. Nur die aus vier Sozialdemokraten bestehende Fraktion, der sich zwei bürgerliche Herren anschließen, hat es durchzusetzen vermocht, daß die Eingabe dem Magistrat zur Rückäußerung überwiesen wurde.

Monate vergingen, der Magistrat ließ nichts von sich hören. Eine Anfrage der Arbeiterausschüsse ist bis heute unbeantwortet geblieben. Dadurch wurde allerdings der „Wert“ der Arbeiterausschüsse den städtischen Arbeitern in hänglicher Beleuchtung vorzuführen. Als die sozialdemokratische Fraktion durch eine Interpellation den Magistrat aus seiner Ferienruhe aufweckte, erhielt auch die Arbeiterschaft die Kunde, daß der Magistrat in der nächsten oder übernächsten Sitzung den Stadtverordneten über die Beschlüsse des Magistrats berichten werde.

Kurz vor der Erklärung des Herrn Oberbürgermeisters in der Stadtverordnetenversammlung lagte die aus städtischen Beamten zusammengesetzte Lohnkommission. Diese Lohnkommission, die im Volksmunde den Namen „Lohnabwürgelkommission“ führt, hat nun dem ihr beigelegten Namen alle Ehre gemacht. Sie hat die Forderung der städtischen Arbeiter auf eine 10 prozentige Lohnerböhung abgelehnt.

Wir wollen diesmal nicht grausam sein und die Handlungen der Lohnkommission keiner Kritik unterziehen, schon deswegen nicht, weil sie unter jeder Kritik stehen. Kein vernünftiger Mensch hat es auch jemals erwartet, daß diese Lohnkommission auf Grund ihrer Zusammensetzung irgendwie in der Lage wäre, positive Arbeit leisten zu können. Für die Herren der Kommission existieren nur Betriebe, Maschinen, allenfalls noch Pferde, aber Arbeiter und vernünftige Lohnpolitik sind ihnen anscheinend ganz unbekannte Dinge. Gewiß sind auch darunter ein oder gar zwei Herren, die hin und wieder einige sozialpolitisch verständige Worte sprechen, aber eine Schwärze macht noch keinen Sommer.

Ein erfreuliches Moment in dieser Stadt der Rücksichtslosigkeit bilden die Arbeiter selbst. Die intelligentesten und besten von ihnen haben längst erkannt, daß sie hier einzig und allein auf ihre eigene Kraft bauen dürfen, wenn sie und ihre Kollegen nicht um einen zeitgemäßen Lohn geprellt werden wollen. Die Lebenshaltung der meisten Arbeiter ist eine so dürftige, daß sie mit ihrem Familienständig an Unterernährung leiden müssen. Die Wohnhäuser der Arbeiter sind meistens so beschaffen, daß eine noch nicht ganz stumpfsinnig gewordene Natur sich darin nicht wohlfühlen kann. In den meisten Wohnungen fehlt es an Raum, Licht und Luft.

Auf Anfragen, warum sie in solchen, der Gesundheit schädlichen Häusern hausen, erhält man meistens die Antwort: „Wir haben viele Kinder und kriegen deswegen keine vernünftige Wohnung“, oder: „Rein Mann arbeitet bei der Stadt und die paar Tittchen, die er als Lohn bekommt, reichen kaum zum Essen aus, da können wir uns keine bessere Wohnung nehmen.“ Diese in vor Erbitterung zitternder Stimme abgegebenen Erklärungen über die Ursachen der elenden Wohnungen der städtischen Arbeiter bilden die schärfste Anlage für die schlechte Entlohnung der Arbeiter.

Es ist auch eine Tatsache, daß die Mieten für Wohnungen in Königsberg sehr hoch sind und daß die Wohnungen allgemein als die schlechtesten gelten. Hier müßten Magistrat und Stadt-

berordnete durch eine bessere Entlohnung der städtischen Arbeiter helfend eingreifen. Die nächste Zukunft wird ja zeigen, wie weit diese beiden städtischen Körperschaften gewillt sind, den Forderungen der Arbeiter nachzugeben und einer Regeneration der armen Volksklassen vorzubeugen.

In einer gutbesuchten öffentlichen Versammlung der städtischen Arbeiter am 13. September fand eine Resolution einstimmige Annahme, in der die Stadtverordnetenversammlung ersucht wird, für die 10prozentige Lohnerböhung zu betreiben. Die Arbeiterausschüsse haben die Resolution mit einer Begründung und einigen Lohnstabellen über die Löhne der Gemeindegewerkschaften in anderen Städten versehen und dem Magistrat und allen Stadtverordneten zugehellt.

Am Mittwoch, den 27. September, wird über die Eingabe der Arbeiterausschüsse in der Stadtverordnetenversammlung verhandelt werden. Die Arbeiter befinden sich in einer sicheren Erwartung. An der Entscheidung der Stadtverordnetenversammlung wird es liegen, ob in den städtischen Vertrieben Königsterges der Friede gesichert bleibt oder nicht. Selbstverständlich werden die Arbeiter sich den Zeitpunkt selbst wählen, wann sie die Arbeit einstellen. Daß der Kampf für die Arbeiter günstig ausfallen wird, dafür sind Anzeichen vorhanden. Schon jetzt hat das Tiefbaunam für den Tagelohn von 3 Mk. keine Arbeiter erhalten können und sah sich deswegen gezwungen, den Anfangslohn zu erhöhen. Aber auch für den erhöhten Lohn bekommt dieses Amt nicht immer genügend Arbeiter und muß manchmal Leute einstellen, deren Arbeitsleistung nicht als wertvoll zu bewerten ist.

Verchiedene liberale Herren haben bei Beratung eines Antrages der sozialdemokratischen Fraktion, „Lebensmittel zum Selbstkostenpreis durch die städtischen Behörden an die Bevölkerung zu verkaufen“, erklärt, daß sie genau so wie die Sozialdemokraten ein warmes Herz für die Arbeiter hätten. Das war am 20. September d. J.; aber Tage darauf wird nun der Antrag der städtischen Arbeiter auf Lohnerböhung in der Stadtverordnetenversammlung zur Beratung kommen und da werden die Herren durch die Tat beweisen können, ob die Worte ihres Herzens so weit reichen, daß sie die notwendigen Geldmittel bewilligen, um die längst fällige Lohnzulage den städtischen Arbeitern zu gewähren. Leider genau haben es ihnen die Arbeiter gemacht. Denn die Forderung, den Lohn um 10 Proz. zu erhöhen, ist bei Berücksichtigung des Umstandes, daß in den letzten fünf Jahren, wo die Preise für alle Lebensmittel und Gebrauchsgüter so viel in die Höhe gekommen

sind, die Löhne aber keine Aufbesserung erfahren haben, gewiß sehr bescheiden.

Das Bewußtsein, daß auch die städtischen Körperschaften die 10prozentige Lohnerböhung als eine absolut notwendige ansehen und sie deshalb auch bewilligen werden, war mit Veranlassung dazu, die in den Reihen der städtischen Arbeiter vorhandene Erregung nach außen hin nicht merkbar werden zu lassen. Sie wird jedoch mit um so größerer Wucht sich äußern, wenn die Arbeiter in ihren berechtigten Hoffnungen getäuscht werden sollten. An den Stadtvätern wird es liegen, ob sie der absoluten Notwendigkeit Folge geben und die Löhne der städtischen Arbeiter erhöhen oder ob sie die Arbeiter in einen Kampf treiben werden.

Den städtischen Arbeitern rufen wir aber zu: Rührt die letzten Läden in der Organisation aus, denn gerüstet sein ist alles!

Aus dem Arbeiterausschuß der Berliner Straßenreinigung.

Der neugewählte Arbeiterausschuß trat am 8. September das erste Mal zusammen. Nachdem wir bei der Neuwahl ein neues Mandat gewonnen haben, haben sich in demselben 4 Verbandsmitglieder und 5 Kirch-Tunderische Kreisvereiner gesammelt. In der Generalversammlung der Verbandsmitglieder am 20. September erläuterten die einzelnen ihren Bericht über die hunderttägige Sitzung. Daraus war zu entnehmen, daß die Verhandlungen ein Bild ergaben, das wieder einmal den zweifelhaften Wert der Berliner Arbeiterausschüsse in ihrer jetzigen Form zeigte. Der Vorsitzende des Ausschusses, Direktor Szalla, ließ zu Beginn der Sitzung die neugewählten Mitglieder willkommen und gab darauf von einer Unterredung mit dem Bevollmächtigten der Berliner Kithale, Hellegren W u s t n, Kenntnis, über die er sich sehr freudig äußerte. Weniger befriedigt waren unsere Vertreter im Hinblick auf die Mitteilung des Direktors, daß er zu einem Vortrag nach Dresden abreisen müsse und daher der Sitzung nicht weiter beiwohnen könne. Wenn dem schon so war, dann hätte der Direktor einen anderen Tag für die Ausschusssitzung wählen sollen, um so mehr, als die sehr wichtige Tagesordnung seine Anwesenheit unbedingt notwendig machte. Wie notwendig das war, bewies der Verlauf der Sitzung, welche unter dem Vorsitz des Syndirektors K e r l i n g stattfand, eines Herrn, dem die Objektivität in Arbeiterfragen ein unbekanntes Ding ist und den man mit Sicherheit als den einautlichen spiritus rector der Kirch-Tunderischen Arbeiterorganisation in der Berliner Straßenreinigung an-

Im Reiche der Kulissen.

Bräulender Beifall erfüllt die weiten Hallen des Hauses. Er verfährt sich in den Rutschen und den kunstvoll geschwungenen Bogen, er gleitet herauf und herab an den Säulen, die die prächtige Decke des Hauses tragen. Der Vorhang senkt und hebt sich. Die Künstlerin dankt mit hübschvollem Lächeln nach den Rosen, dem Parterre und den Rängen hinüber. Hunderte von Augen sind nach der Bühne gerichtet, an deren Kampfe, umkränzt von einem Lichtmeer, die gefeierte Künstlerin sich verneigt. Und wieder bräut der Beifall durch das Haus. Langsam senkt sich der Vorhang, es wird still im Hause. Auf dem Programm ist Tante verzeichnet. Zusammen und geräuschvoll erheben sich die Besucher von ihren Plätzen, sie haben ihrer Pflicht genügt und mit dem Beifall nicht getarnt. Nun aber hinaus aus der beengenden Luft, die gesenket ist, die Lichter des Beifalls nachhaken zu erschauern. Im Hoyer noch lert und plaudert lides nach eingemommener Erleichterung sehr gemächlich. Auf dem Ballen facht die kühle Abendluft mächtig um die erhobne Stirn. Wie herrlich, der Kunst seinen Tribut zu zahlen. Feld Lob, heid Tadel spendend, werden die Künstler, die Kunst, der Tadel und der Kompanist einer sachverständigen oder unverständigen Kunst unterzogen. Dort wird die neueste Mode betrachtet, hier die Taktik aus dem bekannten reichen Hause bewundert, bis das Goldinszeichen zu neuem Gemüts ruht.

Im Reiche der Kulissen aber finden wir ein andres Bild. Kaum hat der Vorhang zur Seite geschoben, noch rauh die Seitenreife der Künstlerin über den Kopf geippt, da treten sie herein, die ersten Damen, jede an ihrer Stelle. Ein gelächertes Treiben beginnt. Die Kunst ist kurz, die Künstlerin darf man nicht allzu lange nimmer lassen. Bald am Ende sind abgenommen. Das malerische Bild, das eben noch den Blicken für die Handlung gab, ist fort. Ein Herr von hervorragendem Hause hat ein, immer mehr kommt hinzu. Die entzückten Tische werden zu erfassen. Die nun neuen Gebrauchsbekanntnisse herbeizurufen. Die erregten Damen sich links, rechts und in der Mitte, was soll dieses alles werden? Über schon erheben sich die herrlichsten plötzlichen Gebilde. Wie

das trübelt und trübelt. Und doch wird kein Griff umsonst gemacht. Jede Herrichtung erfüllt ihren Zweck, jede Bewegung schafft etwas neues. Der unentwirrbar erscheinende Knäuel von Gegenständen und trabelnden Menschen löst sich mit automatischer Genauigkeit auf. Aber es muß nichtig ausgegriffen werden. Die lehnigen Arme lehnen und reden sich. Die großen und oft schweren Gegenstände bewegen sich mit absoluter Sicherheit an ihren Standorten.

Wie oft wird das Reich der Kulissen in humoristischen, noch öfter in verachtlichen Sinne genannt. Was aber dort vorgeht, ohne die wenigsten, die darüber lichte Witze machen oder in herabsteigendem Tone reden. Hier wird mühsam gearbeitet. Der Schweiß perlt von den Gesichtern. Es ist heiß auf den Brennern, die die Welt bedeuten! Hunderte, ja tausende Glühbirnen spenden Licht und Wärme. Die Strahlentrichtung ist enorm und erregt die Atmung in beträchtlichem Maße. Die Dekorationsgegenstände sind durchweg der Staubentwicklung herbeilich. Die Keimwand, die Farben, alle andern Stoffe, aus denen die Kulissen angefertigt sind, nehmen viel Staub auf und geben ihn bei den raschen Transporten und Bewegungen wieder von sich. Aber nicht nur körperlich, auch geistig muß anstrengend gearbeitet werden, soll alles seinen vorgezeichneten Gang gehen.

Eine Külle von Gedanken muß durchdacht werden, eine minutiöse Gewandtheit muß herrschen, dann kann dem andern den Weg versperren. Der Raum ist in der Regel beengt. Die sich häufigen Gegenstände verringern ihn noch mehr. Da findet man ein intelligenter Erb von Zukunftsfragen den neuen Reichtum, der die Welt im Gange hält. Ein aufeinander empfindliche Kraft vermischt in jeder, die Landverteilung zu schaffen. Aber der Gegenstand muß bestehen, wenn nicht diese Stellung und talentvolle Zusammenarbeit vorhanden ist. Und diese Zusammenhänge aber auch geistig. In den meisten Fällen nennt man von dem Publikum, das die Tätigkeit der Kulissen beahndet, und nicht von denen, die aus der Zeremonie und der Arbeit ihren Profit erzielen. In nur wenigen Fällen herrschen anerkannterweise die Kunst, aber auch nur kurze, für die aufrechter und anstrengende Tätigkeit der Arbeiter auf der Bühne. Ihr Los zu helfen und zu helfen, daran

sprechen kann. Von einer ordnungsgemäßen parlamentarischen Verhandlung waren die Beratungen weit entfernt; es war — so sagte ein Ausdehnungsglied in seinem Bericht — wie in einer Judenbühne. Es war dabei nur verständlich und durchaus richtig, wenn unsere Kollegen im Ausschuss den Punkt „Beschwerden“ von der Sitzung zurückzogen, der ja dazu bestimmt war, dem Herrn Direktor Szalla persönlich einiges Beweismaterial über die parteiischen und der Menschewünde kühnsprechenden Heberattische der Aufsicht gegenüber den Arbeitern zu unterbreiten. Aufschreiben ist ja nicht aufschreiben! Im Gegenteil: es wird unter allen Umständen die allerhöchste Aufgabe des Arbeiterausschusses sein, die Arbeiter vor den unmwürdigen Insulten gewisser „Beratgeber“ energisch in Schutz zu nehmen und darauf zu dringen, daß letzteren seitens der Direktion ein Licht ausgeht wird über den Umgang mit Menschen.

Nach dem vorstehend Gesagten kann es nicht wundernehmen, daß aus den Verhandlungen so gut wie nichts herauskam. Es ist darüber kurz nur folgendes zu berichten:

Den Antrag K r i e d r i c h auf Einführung eines anderweitigen Zonnamens für die Sperrwagen, Mehr-, Wald- und Zählmaschinen wies der Vorsitzende mit der Bemerkung ab: es muß doch alles seine Grenze haben; die Aufsicht haben schon wenig genug Arbeitszeit.

Darauf wurden die Anträge Bö r i n g u. Gen. verhandelt. Die anderweitige Regelung der Arbeitszeit für die Waldmaschinenfahrer verfiel unter Hinweis auf die Denkschrift vom 1. Januar d. J. der Ablehnung. Der Vorsitzende erklärte: wenn nicht polit. der kann wieder zum Vorschein kommen. Der Inhalt der Arbeitszeit in den Verhandlungen vor den letzten Jahren um eine Stunde früher, soll in Erwägung gezogen werden, ebenso die Beschaffung von Handflächen. Der Erlaß der Maschinenlei dazu weitere wird bestimmt bis erprobt ist, ob die neuanschafften schneller dem Uebelstand abhelfen. Die letzteren sind anzufertigen und ordnen demnach zur Ausgabe. Das Festlegen einer bestimmten Stelle für das Schmelzen der Motoren ist nach Ansicht des Vorsitzenden nicht nötig, da die Arbeiter schon jetzt genug Zeit dafür hätten. Der Aufsicht könnte sich aber eine Erlasse machen, um zu sehen, wie die Arbeit am besten geregelt werden kann. Mitgeteilt wird in dieser Angelegenheit, daß die Aufsicht verlangt, die Arbeiter schon um 12 Uhr anzutreten zu lassen, weil diese immer so spät zur Arbeit kommen. Bei dem Antrag auf Befreiung der Beschrifteten, ist die Aufsicht der Arbeiter, in Rücksicht auf den Straßen-

bahnbetrieb erlassen sind, wird eine Vereinbarung mit der Straßenbahndirektion bekanntgegeben, wonach die Führer bis auf 200 Meter nicht auszuweichen brauchen. Erhalten sie jedoch eine Anzeige, so haben sie die eventuelle Strafe zu zahlen. Die Direktion würde für jeden Fall, wo ein Führer von einem Straßenbahnführer grob beschimpft wird, eine Anzeige, die dann weitergegeben werden soll.

Ueber den Antrag K r i e u. Gen. auf Einschränkung der Sonntagsarbeit in der 7. Abteilung will die Direktion mit dem zuständigen Oberaufseher beraten, um zu ermöglichen, daß die Arbeiter dieser Abteilung nur jeden dritten Sonntag Dienst zu tun brauchen. Oberaufseher Schmidt meinte, die Arbeiter wollten bloß keinen Sonntag machen. Die Abteilung müßte überhaupt aufgelöst werden, da dort nichts zu tun ist; das Publikum hätte sich schon über die Faulheit der Arbeiter dort beschwert. Es lohnt nicht, auf diese empörenden Redensarten auch nur ein Wort zu erwidern.

Die Verlängerung der Arbeitszeit für die Zwischenspitzen, so daß diese um 4 Uhr morgens abtreten können, forderte ein weiterer Antrag K r i e u. Gen., er wurde aber ebenfalls unter Berufung auf die Dienstverordnungen vom 1. Januar d. J. abgelehnt. Das Verlangen des Kollegen K r i e, bei der Deputation in dieser Sache Beschwerde zu erheben, wurde nicht zu Protokoll genommen. Die Forderung der Arbeitszeit für die Feiertage in Gemeinschaft mit dem Arbeiterausschuss, mindestens 8 Tage vorher, wird genehmigt. Zu der beantragten Lohnzahlung am Freitag im Anblich an die Arbeitszeit, erklärt die Direktion, daß dies schon vorordn. bereits unterm 27. Mai d. J. zur Kenntnis des Magistrats gebracht habe, jedoch bis jetzt ohne Antwort geblieben sei. Bei Beratung der Forderungstrage wird mitgeteilt, daß über Abschaffung der weißen Hose demnach in der Deputation beraten soll. Die Dep. Nr. 2 soll bei Neuanschaffung um 2 bis 3 Zentimeter länger angefertigt werden. Der Antrag, im Winter bei Schneefall die Arbeitszeit von 6 bis 2 Uhr festzusetzen, wird mit dem Bemerkten abgelehnt, daß man dann am Nachmittag keine Lust habe.

Wenigere Anträge der Kollegen des Hauptdepots finden dahin Berücksichtigung, daß mehr Ladetage angelegt werden, Spindeln eingestellt, Kesselraum in der Werkstatt und Schmelzger in der Schmiede angeschafft werden sollen. Ferner wird die Lieferung einer Tuschbohle für die Handwerker und die Herstellung von Kaffee im Hauptdepot und den Fahrzeugdepots in Erwägung gezogen werden.

Wird niemand. Man spricht im Zusammenhang mit der Bühne von „lebendem Elend“. Was uns hier entgegentritt in Gestalt übermäßig langer Arbeitszeit, schlechter Entlohnung usw., ist noch nicht einmal abweisendes, sondern bleiches, graues Elend, das eine traurige Erregung des andern herstellt.

Indessen wir unsere Gedanken spielen lassen, vollendet sich der letzte Akt. Ein grauer Blick, einige Griffe des Mannes, der oben etwas abseits eine Reihe von Stühlen bedient, und das Ganze hebt sich in „Stimmen“ ein, wie sie naher die Handlung gerade verlangt. Die Arbeit ist vollbracht und schon klingt das Glockengeläute durch den Raum, es ruft zu neuen Genüssen. Die Arbeitenden, die so fleißig bauen und herrichten? O nein! Für die ist noch immer viel zu tun. Die Handlung nimmt ihren Anfang, ist ihren Gang weiter. Geistes oder auch gleichgültig werden die Vorbereitungen und Leistungen entgegengenommen. Indessen spielt der Apparat weiter, Veranlassungen, Kettenschaltungen dem Publikum bietend. Und immer sind solche Menschenhände dabei, die Maschine bedienend, die Beleuchtung regulierend. Unermüdliche Hände werden entfaltet, indem sich die schöne Welt protzig in den Folterstühlen breit macht.

Die und abgehörte Gesichter beugen uns hinter den Kulissen. Die Mühe und Anstrengung werden die nötigen Verrichtungen erledigt. Aber noch nicht sein Ende, in den meisten Fällen nicht einmal eine kurze Pause, sondern der Finger der Arbeiter zu weiterrecht; nach. Diese Arbeit merkt auf die müden Hände. Die Fäden wollen ihre Zeit bald nicht mehr tragen. Die Arbeit, die Arbeit der letzten Stunden, und sie in mühsamer Arbeit. Ein Geräusch, unheimlich, schmerzhaft, das „Hör“ in den Händen hervor. Ich muß es nicht mehr berühren, wenn ich meine Hände nicht anstreifen, das aber eine ruft die Arbeit. Die Arbeit in aller Eile. Denn nur ein Tag ist in diesen Stunden eine Stunde von Arbeit und Vorbereitung zu stellen. Die Arbeit ist Vorbereitung für die verbotenen Bereiche. Schmelz, Schmelz, Kessel, Kessel, Kessel, Kessel. Die Handwerker sind nicht die Handwerker und die Handwerker der Handwerker sind erstickt geistlich und unglückliche Langzeit. Nach vollbrachten Tage,

werk ruft der Dienst auf die Bretter. Wenn draußen die Welt sich des Feierabends erfreut und zum Amüsen und Genuß eilt, beheim hier, um den andern den Lebensgenuss zu verschaffen, eine Fülle von neuer Arbeit. Nur kurze Ruhepausen, kein Sonntag oder Feiertag winkt dem Bühnenproletar. Kaum, daß ihm der geistliche Arbeitstag veröfnet wird. Schaffen, schaffen ohne Unterbrechung, ist das zwingende Gebot. Dabei ist die Entlohnung in den meisten Fällen weit unter derjenigen der Industriearbeiter und Handwerker derselben Branchen. Herrscht doch auch noch an manchen Bühnen das unwürdige Trinkgeldwesen, mit dessen Hilfe der Bühnenarbeiter sein Gehalt erheben muß. Für die anstrengende, lange, Intelligenz erfordernde Arbeit werden Monatsgehälter von 80 Mk. an und Wochenlöhne von 25 Mk. bezahlt. Es ist daher kein Wunder, wenn die Bühnen taubenstummstümmen Charakter haben und ein starker Wechsel des Personals überall zu verzeichnen ist. Wie nachteilig das auf die Technik des Betriebes einwirken muß, haben wir bereits gezeigt.

Die Vorstellung ist zu Ende. Wieder rauscht der Beifall durch das Haus. Hastig verlassen die Zuschauer ihre Plätze, alles eilt nach der Garderobe, keiner will der letzte sein. Draußen winken ja noch neue Genüsse. Die Zuschauer verlassen stille, die dunkle Nacht lenkt ihre Schauen herab und kriecht ihre Nacht da aus, wo eben noch das Licht geherrschet hat. Der kleine Vorhang schließt sich und die Zuschauer und Bühne. Dem oben aber herrscht weiter geistlicher Leben. Die Bühne wird elektrisiert und zum Gebrauch für den folgenden Tag herbeigeholt. Die überdachten der Szene ist geworden eine Vorbereitung bei der sich aus nur langsam neigt sich die Arbeit ihren Ende zu. Endlich nach der Vorbereitung. Im Arbeitsraum ruht man sich von den Spuren der Arbeit und wechelt die Arbeit, denn nur man in später Nacht trübselig den Heimweg an. In manchen Stunden ruft die Arbeit eine neue.

Die letzte Nummer der Woche. In überdachten der Nacht liegt das Haus, durch die Stühle hat man nur die überdachten Schritte der Handwerker. Die Handwerker der Handwerker der Handwerker gehalten der Lichter, die Kessel und Eisen, ihr nachendes Spiel. G. B.

Organisation und Arbeitsverhältnisse der Gemeinde- und Staatsarbeiter in den Verein. Staaten Amerikas.

Von R. Sidmann.

II. Löhne.

Die städtischen Gemeinden in Amerika sind meistens Futtertruppen für politische Parteien. Es gibt Städte, wo die politische Korruption wahre Orgien feiert oder gefeiert hat. Jetzt, wo das Proletariat Amerikas immer mehr erwacht, die sozialistische Partei mehr und mehr Einfluß gewinnt, wird nach und nach mit der Schamhaftigkeit ausgeräumt, wo in Milwaukee unsere Parteigenossen fast in den vollständigen Besitz der städtischen Verwaltung gelangten und mit scharfem Besen den Augustinall republikanischer und demokratischer Korruption auslegten, macht sich auch bei den Bürgern anderer Städte das Verlangen geltend, mehr wie bisher den städtischen Angelegenheiten Beachtung zu schenken und für eine gesunde Verwaltung zu sorgen.

Nach den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen kann man eine städtische Verwaltung auf ihre Güte prüfen, wenn man nachsieht, ob die öffentlichen Betriebe in städtischem Besitze sind oder ob sie von Privatgesellschaften betrieben werden. Eine gut verwaltete Stadt wird nämlich alle öffentlichen Betriebe, wie Schlachthof, Straßen- und Kanalreinigung, Beleuchtung, Müllabfuhr usw. in eigener Regie betreiben. Einmal aus finanziellen Gründen, zum zweiten aus Rücksicht auf das Publikum und drittens, um aller Korruption und Verschwendung vorzubeugen.

In dieser Hinsicht sieht es in Amerika nun schlecht aus. Die meisten öffentlichen Betriebe sind in den einzelnen Städten an Privatunternehmer vergeben. Die Stadt betreibt höchstens Straßen- und Kanalreinigung; Straßenbahn, Gasanstalt usw. sind meist in den Händen von Privaten. Wie die Bevölkerung überfordert wird, wie die Gesellschaften allen Kontrakten und Gerichtsursurteilen hohnlachen, wie die Verschwendung bis zum Bürgermeister oder Senatsmitglied gang und gäbe ist, davon konnten Wände geschrieben werden.

Man muß, um nur ein Beispiel herauszugreifen, einmal die Verkehrsverhältnisse New Yorks betrachten. Es schreit zum Himmel, wie rüchichtslos das Publikum von den Gesellschaften behandelt wird, wie es wie Heringe, in ungeheizten Wagen zusammengepackt, befördert wird usw. Trotzdem ist ein Gesetz verbannt, das jedem Passagier einen Sitzplatz oder genügend Raum zum Stehen garantiert und das Heizen der Wagen bestimmt. Die Gesellschaft weicht darauf. Das Schlimme kommt aber noch. Um der Verkehrsmittlere abzuhelfen, beschloß die Stadtverwaltung, eine neue Utergrundbahn zu bauen, und ersuchte die Gesellschaft um Vorschläge. Die Gesellschaft machte folgendes Angebot: Die Stadt solle die Bahn bauen — Kostenpunkt 90 Millionen Dollar — und sie dann der Gesellschaft in Betrieb geben. Die Gesellschaft würde eventuellen Reingewinn mit der Stadt teilen, etwaige Verluste solle die Stadt allein tragen. Der Vertrag solle 50 Jahre dauern. Diesen unerschämten Vorschlag war die Mehrheit der Stadtverwaltung geneigt anzunehmen. Die Bürgerwehr protestierte dagegen, und zurzeit ist die Sache noch in der Schwebe. Vielleicht wird der Vorschlag doch noch angenommen, wenn die Gesellschaft ihre Verschwendungsummen noch erhöht. Für die New Yorker Bürger wäre jetzt Gelegenheit, die Einführung städtischer Bahnen zu verlangen, sie werden aber schwerlich darauf bestehen. Allerdings wäre es ein Raufkampf oder ein Fußballspiel, aber so für städtische Angelegenheiten ist die große Masse zurzeit noch wenig zu interessieren.

Wenn schon in der Verwaltung die Politik eine große Rolle spielt, so auch in dem Betriebe. Leicht erklärlich. Denn die herrschende Partei wird darauf achten, ihren Parteigenossen Stellen zu verschaffen. Das ist für die betreffende Partei eine starke Stütze; denn man erwartet naturgemäß, daß die städtischen Angestellten für die Partei stimmen, schon aus Selbsterhaltung. Denn liegt die andere Partei, dann adieu. Dieses System ist für den betreffenden Betrieb natürlich nicht vorteilhaft, denn nur ständige Arbeiter genähren einen rationellen Betrieb. Das hat man nachgerade eingesehen, auch in Amerika; und man sieht mehr und mehr die Einführung der Zivildienstprüfung vor, sucht die städtischen Betriebe von der Politik freizumachen. Das ist zu begrüßen, denn nicht politischer Kult, sondern Tüchtigkeit muß in der Anstellung entscheiden.

Die einzelnen Städte zahlen ihren Arbeitern ziemlich gute Löhne, was Ausnahmen natürlich nicht ausreicht. Die städtischen Löhne sind durchweg höher als die in der Privatindustrie gezahlten. Meistens werden die Löhne gezahlt, die die einzelnen

Arbeiterorganisationen als Durchschnittslohn fordern. New York, Philadelphia, Chicago usw. zahlen Unionslöhne. New York zahlt seinen Straßenreinigern 780 Dollar (3276 M.) pro Jahr, Chicago 2 Dollar (8,40 M.) pro Tag, San Francisco 3 Dollar (12,60 M.) pro Tag. Die Kutscher der Straßenreinigung erhalten in New York 800 Dollar (3360 M.) im Jahr. Beim Weggabau verdienen die Pflasterer in New York 62½ Cent (2,62 M.), Kammer 50 Cent (2,10 M.) die Stunde, Arbeiter 2 bis 2,25 Dollar (8,40 bis 9,45 M.) pro Tag.

Amerika ist reich an großen Parks. Für die in den Großstädten zusammengedrängten Arbeiter ist es eine große Wohltat, wenn sich in der Nähe ein Park befindet. New York besitzt seinen herrlichen Centralpark, den die New Yorker sehr wenig schonen. Und den durch diese Nachlässigkeit entstehenden Schaden zu erfassen, fordert die Parkkommission nicht weniger als 2 Millionen Dollar. Philadelphia besitzt den großen Fairmont Park, den zweitgrößten der Welt.

Die Rathhäuser nennt man hierzulande City Hall, das sind meist prächtige Gebäude. Die City Hall in Philadelphia z. B. ist eines der prächtigsten und größten Gebäude der Welt. Ein ganzes Straßengebiet nimmt es ein; sein Bau hat Millionen verschlungen. Der Hauptturm ist der zweithöchste der Welt. Selbst kleinere Städte errichten prächtige Rathhäuser. Darin werden nun eine ganze Menge Arbeiter beschäftigt. An Löhnen werden da gezahlt für Maschinenisten 4,50 Dollar (18,90 M.), Heizer 3 Dollar (12,60 M.) pro Tag; Wärter erhalten 720 (3024 M.), Hausdiener 1050—1200 (4210—5040 M.) und Fahrtstuführer, Wärter und Reparierer 900 Dollar (3780 M.) pro Jahr in New York. In Chicago erhalten Maschinenisten 100 Dollar (420 M.), Heizer 75 (315 M.), Wärter 85 (357 M.), Hausdiener 65 (273 M.) und Fahrtstuführer 95 Dollar (399 M.) pro Monat.

Die städtischen Kanalarbeiter werden in Anbetracht ihres gefährlichen und schmutzigen Berufes mit Ausnahme von San Francisco und Chicago eigentlich schlecht bezahlt. Es erhalten Kanalarbeiter in New York 2,50—3 Dollar (10,50 bis 12,60 M.), in Chicago 3—3,50 Dollar (12,60—13,95 M.) und in San Francisco 3 Dollar pro Tag.

Eine unentbehrliche Arbeiterkategorie sind die Feuerwehrlente, besonders, wenn man hier in Amerika alle Bauvorschriften mißachtet und die meisten Fabriken geradezu Feuerfallen genannt werden müssen. Das zeigte sich erst neulich wieder bei dem großen Fabrikbrande in New York, wo in einem alten baufälligen Mahlen 25 Frauen ihren Tod fanden. Aber auch die meisten Rathhäuser sind feuergefährlich erbaut. Es verpicht kein Tag, wo nicht mehrere Feuer gemeldet werden. An die Feuerwehrlente werden dadurch natürlich große Anforderungen gestellt. Besonders bei den hohen Wolkentürmen müssen die Feuerwehrlente wahre Selbsteraten verrichten. Die Lohnverhältnisse sind folgende: New York: Maschinenisten 4,50 Dollar (18,90 M.) und Feuerleute 3 Dollar (12,60 M.) pro Tag, Kutscher 900—1000 (3780—4200 M.), Spritzenleute, Lampfessel- und Sadenmänner sowie Feuerleute als Kranenpflieger 1000—1400 Dollar (4200—5600 M.) und Wärter 1100 Dollar (4620 M.) pro Jahr. In Chicago erhalten die Maschinenisten 1518 Dollar (6375 M.), Feuerleute 1265 Dollar (5233 M.), Kutscher 1247 Dollar (5237 M.), Spritzenleute und Sadenmänner 1056—1247 Dollar (4225—5237 M.), Lampfesselmänner 1518 Dollar (6375 M.), Feuerleute als Kranenpflieger 1265 Dollar (5233 M.) pro Jahr und Wärter 2,50 Dollar (10,50 M.) pro Tag.

Was das Beleuchtungswesen betrifft, so liegt es hauptsächlich in den Händen von Privaten. Nur wenige Städte haben Elektrizitätswerke und Gasanstalten in eigener Regie. Lit hat die Stadt die Gasanstalt erbaut, sie aber verpachtet. So in Philadelphia. Dort sind die Gaswerke für 1 Million Dollar an eine Gesellschaft verpachtet, die Gesellschaft muß ferner alle städtische Gas umsonst liefern. An den Elektrizitätswerken, soweit sie in städtischer Regie sind, werden folgende Löhne gezahlt: in Chicago: Maschinenisten 1100 Dollar (4620 M.), Heizer 900 Dollar (3780 M.), Kohlenarbeiter 840 Dollar (3528 M.) pro Jahr, Maschinenpuffer 2,75 Dollar (11,25 M.) pro Tag.

Die Löhne in den städtischen Gasanstalten konnten wir nur von Hamilton (Ohio) bekommen. Dort erhalten Kesselsarbeiter 3 Dollar (12,60 M.), Maschinenisten, Klempner, Portleute und Gasbereiter 2,50 Dollar (10,50 M.), Feuerleute 2,50 Dollar (10,50 M.), Kutscher und sonstige Arbeiter 2—2,50 Dollar (8,40—10,50 M.) pro Tag.

Die Wasserwerke sind meist in städtischem Besitz und großartig eingerichtet. Die Wasserversorgung der Großstädte ist eine Kalamität. Meist hat man wenig, fast stets schlechtes Wasser,

das die Leitungsröhre stark angreift. In Philadelphia kostete die Einrichtung der Wasserverle 27 Millionen Mark. Nach Bezahlung der jährlichen Zinsen in Höhe von 812.000 Dollar (3.110.100 Mk.) bleiben noch 2.000.000 Dollar (8.400.000 Mk.) übrig. Da sieht man wieder, wie vorteilhaft die jährliche Rate ist. Die Löhne gestalten sich folgendermaßen: Maschinen- und Handwerker 1000 Dollar (4200 Mk.), Feuerleute 840 Dollar (3528 Mk.) pro Jahr, Arbeiter 2.250 Dollar (9.375 Mk.) pro Tag. In New York werden folgende Tagelöhne gezahlt: Maschinen, Schlosser, Schmiede und Klempner 4,70 Dollar (18,80 Mk.), Feuerleute, Celer und Dynamowärter 3 Dollar (12,00 Mk.), Arbeiter 2,250 Dollar (9.375 Mk.).

Städtische Lebadöfenanlagen sind nur sehr wenig vorhanden, und von privater Seite ist wenig dafür getan. In New York ist nur ein Ofen vorhanden bei einer Bevölkerung von 4 1/2 Millionen, ebenso in Chicago bei 2 1/2 Millionen Einwohner. In den meisten Städten fehlen sie ganz. Die Arbeiter in New York werden wie folgt entlohnt: Wärter 120 1/2 Dollar (500 1/2 Mk.), Pfleger 200 Dollar (800 Mk.) pro Jahr bei freier Station, Feuerleute 3 Dollar (12,00 Mk.), Maschinen 4,50 Dollar (18,00 Mk.) pro Tag. In Chicago erhalten die Pfleger 7,20 Dollar (28,80 Mk.) pro Jahr.

Dies sind also die Löhne der bedeutendsten Arbeitergruppen städtischer Betriebe. Vergleicht man die Zahlen mit den in Deutschland gezahlten Löhnen, so erscheinen sie überaus hoch. Da die Lebenshaltung in Amerika aber bedeutend teurer ist als bei uns, läßt sich ein Vergleich nur schwer ziehen. Alles in allem haben nach die Gemeinde- und Staatsarbeiter Amerikas alle Veranlassung, durch einheitliche Organisation auf Verbesserung ihrer Lage einzusetzen.

♦ Aus Politik und Volkswirtschaft ♦

Politisches.

Der sozialdemokratische Parteivorstand erläßt am 21. September folgenden Aufruf:

Parteiengenossen! Der Parteitag in Jena hat die Einheit und Widerspruchslosigkeit der Partei in allen wichtigen politischen Fragen bekräftigt. Die Unterzeichnenden, vom Parteitag zur Führung der Gewerkschaft ernannt, werden alles tun, um das ihnen entgegengebrachte Vertrauen zu rechtfertigen. Parteiengenossen! Wir leben in fortwährender Zeit und gehen noch ernsteren Tagen entgegen. Unter der Führung aller Gegenstände des Gedankens hat der Kampf der Arbeiterklasse einen Grad erreicht, der unerträglich geworden ist und neue Volksteile zur Beteiligung treibt. Die Ausbeutung dieses Vorkriegslandes, die agrarischen und industriellen Schichten, verschließen ihre Augen dem Schicksal der Ausgebeuteten, und die Regierung, ihr Verwaltungsausschuss, denkt nicht daran, wirksame Schritte zu schaffen. Eine Schaar Magnaten treibt im Privatinteresse, unterstützt von kühnen Willkür, eine verheerende Wirtschaftspolitik, unbestimmt darum, ob Hunderttausende Hungerlächeln werden, das gesamte wirtschaftliche Leben zusammenbrechen wird, Not und Elend in grauenvoller Weise vermehrt werden. Immer größer wird die Zahl derjenigen, die — soll nicht der letzte Rest von Lebenserwartung zugrunde gehen — eine Rettung nur noch in der Veränderung unserer politischen und wirtschaftlichen Zustände von Grund aus erblicken. Die dem Ziele näherzukommen und zugleich mit den Unterdrückten gründliche Abrechnung zu halten, ist dem Volke bald obliegenden gegeben. Der Parteitag in Jena hat bereits in eindringlicher Weise das Signal zum Wahlkampf gegeben. Der Wahlkampf ist damit für uns eröffnet! Parteiengenossen! Die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse haben uns besonders quälend. Aber täuschen wir uns nicht! Die Gegner werden Anstrengungen machen, wie wir sie noch nie erlebt haben, um uns zu zerschlagen. Da dürfen wir nicht einen Augenblick ungenutzt lassen! Von heute ab muß es mehr denn je unsere Pflicht sein, neue Mitglieder für unsere Organisation zu werben und neue Helfer für unsere Parteivereine zu gewinnen. Das ist der erste und dauernde Gewinn, den uns neben der Vermehrung unserer Mandate und einer starken Zunahme unserer Stimmen der Wahlkampf bringen kann und muß. Parteiengenossen! Auf dem Boden unserer Grundzüge kämpfend, werdet ihr den Wahlkampf streng sachlich führen, ohne Haß und Riß mit all der Energie, Ethern, Ausdauer und Ausdauer, die oft genug den Feind und die Veränderung unserer Gegner hervorgerufen haben. Geben wir nun mehr freudig an die Wahlkämpfe! Und kommt der Wahltag heran, dann treten wir an zum Sturm auf die gegenwärtigen Zustände, von denen wir auf den ersten Anlauf eine ganze Anzahl wiedergeborenen gönnen! Wir wollen sorgen, daß die unglücklich Wiedererlebten von 1907 im Jahre 1912 ihren Namen nennen und sein im politischen. Parteiengenossen! Auf zum strengen, politischen Kampf! Doch die Partei!

♦ Aus unserer Bewegung ♦

Bremen. Wiederum setzen sich die bremischen Staatsarbeiter veranlaßt, energisch ihre Forderungen zu vertreten. Im Februar hatten sämtliche Betriebe Forderungen eingereicht, die das nachholende sollten, was uns im Jahre 1910 nicht bewilligt war. Hatten wir nun gedacht, etwas Einseitiges zu erringen, so mußten wir bald sehen, daß nur dann etwas erreicht werden kann, wenn die Arbeiterkraft in starrer Organisation ihren Forderungen Nachdruck verleiht. Den Arbeitern der Beleuchtungs- und Wasserverle war eine halbe Stunde Arbeitszeitverlängerung gewährt worden. Die Kollegen der Straßenreinigung verschafften sich erst durch Androhung der stärksten Mittel Gehör und erlangten somit als die bisher am schlechtestbezahlten Arbeiter eine Lohnerhöhung. Sämtlichen anderen Arbeitern wurde jedoch nichts gewährt. Lange genug haben sich die Arbeiter gebudelt, aber alles hat einmal ein Ende. In einer großen öffentlichen Staatsarbeiterversammlung am 14. September in den Zentralhallen wurde denn auch Herrschaft gehalten. In scharfen Worten wurde das Verhalten der einzelnen Verwaltungen eingehend kritisiert. Sind doch Eingaben wochenlang liegen geblieben, ohne berücksichtigt zu werden. Erst auf Trängen der Arbeiterausschüsse wurden die Schriftstücke weitergegeben. So sind Wochen und Monate vergangen, die Preisverhältnisse wurden von Tag zu Tag schlechter. Nur eine allgemeine Regulierung kann die Gemüter beruhigen. Die Kollegen der großen Betriebe werden nicht dulden, daß die am schlechtestbezahlten Arbeiter in den kleinen Betrieben so nichtachtend behandelt werden. Aus diesem Grunde ist es notwendig, in eine allgemeine Lohnbewegung einzutreten. Hervorgehoben muß noch werden, daß im Betrieb der Straßenarbeiter angefragt wurde, eine Lohnaufbesserung solle stattfinden, zu gleicher Zeit mußten aber auch dann die „faulen Elemente“ aus dem Betriebe heraus. Ein paar Tage später hat man es auch gewagt, zwei Kollegen, die zehn Jahre im Betriebe beschäftigt waren, wegen angeblicher „Faulheit“ zu entlassen. Diese Schandtat hat die Erbitterung noch härter gemacht, die bremischen Staatsarbeiter werden sich das nicht bieten lassen. Die nächste Zeit wird es lehren. Einmal haben wir die Feuerprobe bestanden. Nicht so leicht wird es der bremische Staat auf einen Kampf ankommen lassen, wir stehen bereit, jeder auf seinem Posten, ruhig der Dinge entgegenzutreten; wenn es jedoch sein muß, werden wir alles aufbieten, unsere gerechten Forderungen zu vertreten, trotz alledem.

Chemnitz. In der Mitgliederversammlung vom 10. September hielt Kollege Rittscher einen Vortrag über: „Christentum und Religion“. Zur Feier des zehnten Stiftungstages wurde das Festhaus in Vorhalla gebracht. Kollege Schäfermann wurde als Unterredner gewählt. Dann wurde noch Bescheidene gefeiert gegen den Hilfsstrahnenwart A. Reiner, der den Straßenreiniger resp. auf der Schüttung des Wassertrinkens verbot. Auch in der Gesamtheit II werden über den Vorarbeiter Klagen geführt. Leichter werden beim Betriebsinspektor erwiehen sich als nutzlos. Die Kollegen werden sich daher in Zukunft an die höhere Instanz wenden.

Stadtwahl. Seit 2 1/2 Jahren hat die hiesige Stille an die Stadtwahl die Forderung um Erlass einer Arbeitsordnung gerichtet, und noch ist, abgesehen von der Ausgabe des Entwurfs einer solchen im Juni, noch nichts erfolgt. Im Februar wurde eine allgemeine Lohnerhöhung von 30 Pf. täglich verlangt und vor kurzem um Abschließung der Löhne der Gärtnere und Gartenarbeiter mit den der übrigen städtischen Arbeiter ersucht. Auf diese letzte Eingabe erfolgte die Antwort, daß sie demnach mit der im Februar eingereichten bei Ausgabe eines allgemeinen Lohnsatzes erledigt wurde. In einer noch besetzten Versammlung nahmen die städtischen Arbeiter am 21. September Stellung gegen diese Verleumdungspolitik der Stadtwahlverwaltung. Gauselst. Dedmann zeigte als Vertreter über das Thema: Die Forderungen der städtischen Arbeiter, wie trotz der rapiden Verrentung der Lebens- und Bedarfsartikel die Bezahlung der städtischen Arbeiter in Darmstadt je nach der Kategorie an 48. bis 60. Stelle unter den Städten Deutschlands erwidert. Als der Vertreter auf die Vorlesung anlässlich des Transportarbeiterstreiks zu sprechen kam, erfüllten lebhaft Protest und Plakate den Saal. Während dieses Streiks wurden städtische Arbeiter als Subjekte den privaten Unternehmern zugewiesen, um Streikbedrohungen zu leisten. Als ein Arbeiter des Gaswerks sich weigerte, soll ihm Direktor Friedrich erklärt haben: „Dann heißen Sie auch“. Dies sind die Freunde des gelben städtischen Arbeitervereins, daß sich die „Freunde des Vereins“ jenseits Anstalt auf die Arbeiter dre ungenützt leiten können. Der Inspektor der Straßenreinigung stellt uralte Forderungen dem in Aussicht, daß es sich etwa bekommen ließe, die gelben Arbeiter zu beschäftigen, doch wird es kaum einen ernstlich denkenden Arbeiter geben, der etwas mehr als Verdammung für diese Art von Arbeitswillkür erachtet. Am Schluß wurden die Arbeiter bei der Arbeit der städtischen Stadtwahl werden die Arbeiter bei jeder politischen oder unpolitischen Angelegenheit mit herauszufahren bedroht. An der Diskussion beteiligte sich Stadtwahl. Gauselst. Dedmann, der den Saal in die Unterhaltung über die Aussagen seitens seiner Station zufugte. Zum Schluß wurde fol-

gende Resolution einstimmig angenommen: „Die zahlreich besuchte Versammlung städtischer Arbeiter nimmt mit Bedauern Kenntnis von der Tatsache, daß die im Februar 1911 geforderte Lohnerhöhung von 30 Pf. täglich für alle städtischen Arbeiter noch immer von den städtischen Behörden nicht erledigt wurde. Angesichts der erneut eingetretenen weiteren Verteuerung der Lebensmittel und der dadurch verursachten Verschärfung der Notlage der städtischen Arbeiter protestiert die Versammlung gegen die weitere hinauschiebung der Lohnregelung und ersucht die Großherzogliche Bürgermeisterei und das verehrliche Stadtverordnetenkollegium um beschleunigte Erledigung der diesbezüglichen Eingaben. Ferner protestiert die Versammlung gegen die Verwendung städtischer Arbeiter als Streikbrecher für die Betriebe der privaten Nahrungsmittelunternehmer und erwartet von der Großherzoglichen Bürgermeisterei die sofortige Zurücknahme derjenigen Anordnungen, welche die städtischen Arbeiter nötigen, Streikbrecherdienste zu leisten.“ Mit einem warmen Appell an die zahlreich Erschienenen, mitzuwirken an dem Ausbau der Organisation, damit solche Vorkommnisse wie die geschilderten für die Zukunft unmöglich werden, wurde die Versammlung geschlossen.

Gera. In einer stark besuchten öffentlichen Versammlung am 16. September hielt Genosse Krause einen lehrreichen Vortrag über „Lebensmittelteuerung und Löhne der städtischen Arbeiter“, der mit großem Beifall aufgenommen wurde. Nach dem Vortrag wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die am Sonntagabend, den 16. September, in Weigels Lokal in Gera tagende, stark besuchte öffentliche Versammlung der städtischen Arbeiter erklärt nach dem Vortrage des Arbeiterssekretärs Krause über die Lebensmittelteuerung und die Löhne der städtischen Arbeiter, daß die jetzt gezahlten Löhne mit der seit Jahren großer gewordenen Teuerung aller Lebensmittel und der notwendigen Bedarfsartikel in keiner Weise Schritt gehalten haben. Durch die Erhöhung der Milchpreise ist eines der wichtigsten Nahrungsmittel bereits wieder verteuert worden und für die nächste Zeit ist ein erneutes Emporsteigen der Milchpreise angekündigt worden. Die einmalige Teuerungszulage, die einem Teile der Arbeiter am 1. April 1908 gewährt wurde, und die im Jahre 1907 erfolgte Lohnerhöhung um 1 und 2 Pf. für die Stunde haben durchaus nicht den Zeitverhältnissen entsprochen und waren nicht imstande, den vorhandenen Mangel einzumachen zu mildern. Die versammelten städtischen Arbeiter ersuchen daher die städtischen Behörden Gera, für die städtischen Arbeiter in nächster Zeit eine angemessene, den heutigen Verhältnissen entsprechende allgemeine Lohnaufbesserung zu bewilligen, da auch den Beamten angemessene dauernde Teuerungszulagen bewilligt worden sind. — Die Leitung der Versammlung wurde beauftragt, diese Resolution dem Stadtrat und dem Gemeinderat von Gera als Antrag zu übermitteln.“

Hiel. Am 15. September tagte im Gewerkschaftshaus unsere regelmäßige Mitgliederversammlung. Zunächst teilte Kollege Glup mit, daß sich im Laufe des Monats 21 Kollegen zur Aufnahme gemeldet hätten. Sodann kam ein Fall zur Sprache, wo der Herr Betriebsleiter von der Humboldtstraße die Arbeitsordnung innewelt. Nach letzterer sollen die Arbeiter beim Antritt der Arbeit vom Stadtrat untersucht werden. Das scheint der Herr aber gar nicht zu wissen, denn es ist erst kürzlich vorgekommen, daß ein Kollege, welcher vor dem Streik mehrere Jahre dort gearbeitet hat und nun vor rechtlich einem Vierteljahr wieder in städtische Dienste getreten ist, erst an dem Tage, da er ein Vierteljahr da war und als städtischer Arbeiter geführt werden sollte, zum Arzt geschickt wurde zur Untersuchung. Wie der Arbeiter den Arzt nun fragte nach der Untersuchung, ob er gesund wäre, erhielt er zur Antwort: „Nawohl!“ Er sollte nur wieder zur Arbeit gehen, der Arzt würde das Weitere veranlassen. Aber welche Enttäuschung sollte er erleben, denn den anderen Tag wurde er zum Inspektor ins Bureau gerufen und ihm mitgeteilt, daß er nicht gesund wäre und infolgedessen nur als Hilfsarbeiter geführt würde. Was das zu bedeuten hätte, wußte er wohl. Er hätte seinen Anspruch auf Urlaub, Zuschuß bei Krankheit, überhaupt sämtliche Vergünstigungen verloren. Auch hätte er seine Kündigung. Wie der Herr Betriebsleiter den Fall verantworten will, ist uns ein Rätsel. Denn wenn der Arbeiter wirklich krank wäre, er sagt übrigens, er ist gesund und in den letzten 24 Jahren nicht krank gewesen, kann er sich doch die Krankheit nur in dem letzten Vierteljahr, wo er im städtischen Dienste war, zuzugewogen haben. Der Fall ist unserer Ansicht nach ganz ungeheuerlich, was in der Diskussion recht dröhnend zum Ausdruck kam. — Sodann wurde vom Kollegen Lehrens der Kartellbericht erstattet. Es wurde der Bericht vom Gewerkschaftshaus gegeben vom 1. Halbjahr. Darauf wurde ein kurzer Bericht von der Gasarbeiterkonferenz vom Kollegen Bageborn gegeben, welcher noch in den einzelnen Betriebsversammlungen der Gaswerke wiederholt werden soll. Sodann wurde vom Kollegen Glup die Abrechnung vom Sommererträgen verlesen, welches mit einem Defizit von 2,45 Mk. abgeschlossen hat, was auf die Losalasse übernommen wurde. Es wurde ein Komitee gewählt, das die Arbeiten zu unserem am 15. Oktober stattfindenden jährlichen Stiftungsfest im Gewerkschaftshaus zu erledigen hat. Am „Verschiedenen“ wurde die Lausheit der Kollegen auf den einzelnen

Berufen stark kritisiert und betont, daß sich daselbst noch viel mehr machen ließe, um die Kollegen der Organisation zuzuführen. Nach Aufforderung, für guten Besuch unseres Stiftungsfestes Sorge zu tragen, erfolgte Schluß der Versammlung.

Lichtenberg. Am 14. September hielt die Sektion ihre gut besuchte Generalversammlung ab. Kollege Polenske gab den Bericht über die Konferenzen. Beim Punkt „Stellungnahme zum nächsten Etat“ wurde nach eingehender Debatte beschlossen, von einer allgemeinen Lohnbewegung Abstand zu nehmen. Doch soll die Frage einer Teuerungszulage demnächst einer Versammlung unterbreitet werden. Beschlossen wurde, Anträge zu stellen auf Revision der unter dem üblichen Mindestlohn von 4,25 Mk. liegenden Löhne, auf Neuregelung des Urlaubs, Zahlung der Differenz zwischen Lohn und Krankengeld, Einführung der neunstündigen Arbeitszeit in den Betrieben, wo zurzeit noch die achtstündige Arbeitszeit besteht, sowie die generelle Durchführung der Bestimmung über die Bezahlung der Leberstunden mit 5 Proz. der Sonntagsarbeit mit 50 Proz. Zuschlag. Sodann referierte Gewerkschaftssekretär Genosse Link über: „Die Krankenversicherung nach der Neuordnung durch die Reichsversicherungsordnung“. Hierauf erfolgte die Nominierung der Mandatanten zur bevorstehenden Krankeassenwahl. Zum Bericht über die Gasarbeiterkonferenz ist besonders fehzuhellen, daß der technische Fortschritt auch in Lichtenberg schwere Nachteile für die Arbeiter im Gefolge hat. So wurden Betriebsarbeiter, die bis 10 Jahre im Betriebe tätig waren, zurückgesetzt, während neue Arbeiter in die besser entlohnenden Stellen kamen. Es ist dies eine Ungerechtigkeit, wie sie seit Bestehen des Werkes noch nicht vorgekommen ist. Die Arbeiter sehen die treibende Kraft dieser ungerechten Behandlung in dem neuen Gasmeister, der sein Manöveur im technischen Können durch Anschwärtzung der Arbeiter zu verdecken sucht. Wir empfehlen diesem Herrn angelegentlich das Studium des achten Gebotes.

Lörrach. Gemäß § 12 des Statuts wurde Julius Weis, geboren am 24. Juni 1880 zu Lörrach, aus dem Verband ausgeschlossen.

Magdeburg. 21. September. Eine gut besuchte Versammlung fand am 16. September bei Lichteck statt. Die Erhöhung der Kartellbeiträge rief eine lebhatte Diskussion hervor. Latow, Ulrich und Peters meinten, eine Erhöhung der Beiträge könne ein städtischer Arbeiter nicht mehr bezahlen. Zum Lesen seien andere Bibliotheken vorhanden. Vom Kartell eine Zentralbibliothek zu errichten, sei nicht nötig. Strunk, Stierwald, Potentbal u. a. sind der Meinung, daß zur Bildung der Arbeiter eine gute Bibliothek sehr nützlich sei. Auch unsere Bibliothek sei unzureichend. Der Antrag Körtner, 12 Kartellmarken zu haben, wurde angenommen. — Strunk gab den Bericht von der Konferenz des Krankengeldes, Sabe- und Krankengeldperzentals. In kurzen Zügen wurden die schlechten Lohn- und Arbeitsbedingungen erläutert. Auch in Magdeburg sei dies der Fall. Neben dem habe man trotz aller Versuche in den Krankenkassen noch nicht gefaßt. Eine Stellenvermittlung sei auch jetzt hier eingerichtet. — Den Bericht von der Gasarbeiterkonferenz gab Hoff, Reichert. Auch für Gasarbeiter seien die Löhne nicht der Arbeit entsprechend. Der Abschlußvertrag müsse angefaßt werden. Wegen vorgerückter Zeit wurde der Bericht vom Reich der Ingenieurausstellung in Dresden zur nächsten Versammlung vertagt.

Münsterberg. Wenn in der vorliegenden Nummer der „Gewerkschaft“ davon die Rede war, daß der Stadtmagistrat eine Familienzulage bewilligt habe und das Gemeindefollegium diese ablehnte, dafür aber eine Teuerungszulage von 30 Pf. täglich bewilligte, so ist jetzt nachzutragen, daß der Magistrat in seiner Sitzung am 12. September beides ablehnte und die ganze Materie einem gemäßigten Ausschuss zur Prüfung überwies. Wenn nicht die Lage der städtischen Arbeiter unbedingt einer Pflöckerung bedürfte, könnte man lachen über die Komödie, die hier gespielt wird. Die Überweisung dieser Sache an den wirtschaftlichen und kommerziellen Ausschuss bedeutet natürlich keine Ablehnung, zum mindesten aber kommt etwas weniger heraus als das Gemeindefollegium beabsichtigt hat. Hier sollte sich vor allen Dingen das Gemeindefollegium dieses Hinüber-Verwerfen nicht gefallen lassen. Aber auch unsere Kollegen haben allen Grund, diese Vorgänge genau zu verfolgen, denn die städtischen Arbeiter Münsterbergs haben es halb fast, sich in dieser Weise länger an der Kasse herumzuführen zu lassen und müssen einmal andere Mittel angedacht werden, als solche Gesuche und Eingaben, um den Forderungen den nötigen Nachdruck zu verleihen. Vor allem muß festgestellt werden, daß bei den ganzen Verhandlungen sehr oft mit falschen Zahlen operiert wird. Ob das absichtlich geschieht, wissen wir nicht, müssen es aber halb annehmen, da selbst der Referent in dieser Sache, Kassaschaffner Dr. Weis, viel zu hohe Angaben macht. Wir wollen die ganzen Angaben nicht wiederlegen, aber gleich bemerken, daß die Summe von 340.000 Mk. mindestens um den Betrag von 160.000 Mk. gekürzt werden muß, weil sie für eine verlangte Grundlohnaufbesserung aller Lohnklassen angefaßt wird, die die Arbeiter gar nicht verlangt haben. Aber auch sonst stimmt die Berechnung des Herrn Referenten nicht. Bei Berechnung der Kosten für Anrechnung der Dienstreise sind auch solche Leute als Kostenpunkt aufgeführt, die jetzt schon ihren Höchstlohn haben, diese würden aber

auscheiden müssen, weil sie nicht mehr bekommen. Wenn sie aber trotzdem mehr bekommen sollen, so soll uns das recht sein, aber verlangt haben wir das nicht und dürfen diesen Anträgen auch nicht diese Kosten unterschoben werden. Doch weiter wurde die Behauptung aufgestellt, daß, wenn die Nürnberger städtischen Arbeiter eine Zulage von 30 Pf. täglich erhielten, in Nürnberg die höchsten Anfangslöhne in Deutschland gezahlt würden. Diese Behauptung stimmt wieder nicht. Wir wollen hier nur eine Gruppe von Arbeitern herausgreifen, die in Nürnberg als gut bezahlte gelten: die Feuerhausarbeiter des Gaswerkes. Nach der Statistik des Gemeindearbeiterverbandes vom 15. Mai 1911 rangiert Nürnberg in Deutschland an 28. Stelle in bezug auf den Lohn. Wenn aber die 30 Pf. Zulage gewährt werden, so ist Nürnberg noch lange nicht die bestbezahlte Stadt, wie unsere Statistik beweist. Die darin angeführten Zahlen sind bedeutend besser, und nicht zu vergessen, schon am 15. Mai gezahlt worden. Seit dieser Zeit haben eine ganze Reihe von Städten neue Forderungen gestellt, so daß ab 1. Januar 1912 weitere Lohnsteigerungen zu erwarten sind. Aber auch in bezug auf die Nahrungsmittelpreise steht Nürnberg hinter den teuersten Städten wenig zurück. Nach amtlichen Statistiken beträgt die Ausgabe für eine Familie in einer Woche in Berlin und Hamburg 23,26 Mk. und in Nürnberg 23,01 Mk. Das ist nur für Nahrungsmittel! Wenn nun ein städtischer Arbeiter in Nürnberg im Winter nur 19,98 Mk. verdient, wober bekommt er dann das Geld für Kleidung, Heizung, Wohnung und alle die Dinge, die zum Leben notwendig sind, wenn sein Lohn schon für die Lebensmittel nicht ausreicht? Das hat der Herr Referent nicht gesagt, auch das nicht, daß, wenn die 30 Pf. Zulage gewährt werden sollten, immer noch eine ganze Reihe städtischer Arbeiter den Anfangslohn der Lohnstafel, 3,70 Mk., im Winter gar nicht erhalten würden, sondern 3,99 Mk. Wenn man also ein Referat hat, bei dem der Höhenpunkt 549.000 Mk. beträgt, dann müssen alle Zahlen und Annahmen genau stimmen, damit bei den Zuhörern keine falschen Vorstellungen Platz greifen.

Nürnberg. Am 21. September fand hier wieder einmal eine Versammlung des Süddeutschen Gemeindearbeiterverbandes statt. Man hatte als Referenten den Landtagsabg. (Genossen Dr. Süßke) im genommen; aber das Thema: Die städtischen Arbeiter und die bestehenden Gemeindeforderungen sprach er in sachlicher, eingehender Weise und erhielt den Beifall der gesamten Versammlung. Am 2. Punkt wurden Anträge behandelt. Der Antrag: Der Süddeutsche Gemeindearbeiterverband schließt sich ab 1. Oktober 1911 dem Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter an, und dieser übernimmt alle Mitglieder mit seinen hieser erwerbenden Mitgliedern wurde dann nach kurzer Diskussion einstimmig angenommen. Von 36 Stimmzetteln waren 31 mit ja und zwei mit nein abgegeben. Es wäre hiermit die seit 1906 bestehende Aufspaltung der Nürnberger Kollegen ganz beseitigt, und es ist unerwartet, festzustellen, daß bei Begründung dieses Antrages betont wurde, daß als Antwort auf die Forderungen der städtischen Arbeiter in den städtischen Kreisen für die Aufhebung der zwei Organisationsformen gesehen ist, um die Zusammenarbeit mehr wie bisher auf unsere Forderungen nachdrücklich hinwirken zu können. Wir begrüßen alle die Mitglieder des Süddeutschen Gemeindearbeiterverbandes als Kollegen, die man genau so wie wir die Forderungen der Nürnberger städtischen Arbeiter erachtet. Wir hoffen, daß die Mitglieder diesem Versammlungsbildung vollständig nachkommen und wünschen, daß aus diesem Beschluß die Bewegung der Nürnberger Kollegen einen kräftigen Vorstoß erhält.

• Rundschau •

Die Lebensmittelverteuerung wird nicht allein durch die immerhöheren Preise dieses Jahres, Höhe und Verbrauchssteuern bedingt, sondern auch durch das System der Einfuhrzölle, wie wir schon wiederholt betont haben. Mit diesen Einfuhrzöllen hat es folgende Bewandnis. Als die Getreidezölle im Jahre 1879 eingeführt wurden, wurde zunächst bestimmt, daß für Getreide, welches aus dem Ausland eingeführt war, kein Subsidium, welches aus dem Ausland eingeführt wird, zu zahlen ist. Dieser wurde jedoch der Nachweis erbracht, daß es sich um das gleiche Getreide handelt, die auszuführende Ware also mit der früher eingeführten identisch ist. Dieser „Identitätsnachweis“ wurde im Jahre 1884 auf Vorschlag der Agrarier, namentlich der im Osten, aufgehoben. Seitdem wird für jede Getreidemenge, die ins Ausland geht, aus der Meißelsteine ein Betrag gezahlt, welcher der Höhe des Zolles entspricht. Der Zahlung erfolgt nicht im bar, sondern in Gestalt eines Einfuhrzölles, der bei der Einfuhrung des Getreides für einzelne Waren, wie Getreide, Mehl, etc. festzulegen, in Zahlung genommen wird. Auf diese Weise wird das System der Einfuhrzölle als Prämie für die Einfuhrung Deutschlands von Getreide. Tatsächlich sind auch die Getreideausfuhr unermittelt an. Erweisen daß der Sommer, die in Form von Ausfuhrzöllen aus der Zollkassette bezahlt wurden, von 31,2 Millionen im Jahre 1884 auf 12,5 Millionen Mark im Jahre 1910. In den letzten sechs Jahren sind 510 Millionen Mark

Ausfuhrprämien bezahlt worden. Der weitaus größte Teil dieses Betrages ging der Zollkassette vollständig verloren und wanderte als Liebesgabe in die Taschen der ostpreussischen Junker. Ungleich größer aber ist der Betrag, um den das Getreide in Deutschland verteuert wird. Die Potsdamer Handelskammer hat bereits die Wiedereinführung des Identitätsnachweises beantragt, und die Müller verlangen ein Verbot der Getreideausfuhr, denn die Getreidepreise gehen fortwährend und stark in die Höhe. Die Regierung aber ist nur darum besorgt, wie sie den Agrariern noch mehr Vorteile verschaffen kann! Es wird ja auch schließlich gegenüber dem Lebensmittelwucher notwendig sein, bei der Reichstagswahl die agrarische Herrschaft zu zertrümmern und dann nicht nur mit dem jetzigen System der Ausfuhrzölle auszuräumen, sondern mit der ganzen Zoll- und Lebensmittelwucher-Politik! Dazu muß energisch am weiteren Ausbau der Gewerkschaftsorganisationen durch unablässige Agitation gearbeitet werden.

Die Statistik in Deutschland. In einer interessanten Buchbesprechung der „Preudener Volkszeitung“ lesen wir u. a. über obiges Thema folgendes: Die Statistik nimmt in der heutigen Staats- und Volkswirtschaft eine bedeutungsvolle Stellung ein, und es gibt kein Gebiet des Lebens und der Wissenschaft mehr, das nicht der statistischen Hilfe bedarf. Die Statistik ist selbst zu einer großen Wissenschaft geworden und zu einer unentbehrlichen, umfangreichen und verzweigten Einrichtung im Staat, in den Kommunen und in der Privatwirtschaft. Für die Ziele der Staats- und Volkswirtschaft und also auch für die Ziele der politischen Parteien erscheint die regelmäßige statistische Feststellung der heimischen Verhältnisse und die Veranschaulichung der neueren Ergebnisse mit den älteren heute ebenso selbstverständlich wie für den Privateinstand, einen Betriebsbetrieb oder ein kaufmännisches Geschäft, die fortgesetzt niederzuführenden Inventuren und Bilanzen. Was sonst nur vereinzelt Vorkommnisse oder verstreute Notizen hieß, erhebt die Statistik durch quantitative Bestimmung und Vergleichung zu sicheren Tatsachen und verlässlicher Einsicht. Massenerhebungen erlangen die ihnen gebührende Geltung, zufällige Einzelheiten erweisen sich als tatsächliche Ausnahmen, die keine Verallgemeinerung zulassen. In Stelle unübersichtlicher Verhältnisse setzt die Statistik planmäßige Größenverhältnisse. Zudem sie gewissermaßen Such führt über die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse, über die Handlungen und Maßnahmen des Staates, in die zum freien Spiel aller wirtschaftlichen und sozialen Kräfte des Landes geworden. Sie vermittelt zu einem bestimmten Teil jene einsehende Kenntnis des Landes, die Voraussetzung ist für die Gesetzgebung und Verwaltung. Ein Staatserkenntnis läßt sich deshalb auch nicht zuletzt danach beurteilen, wie seine statistischen Einrichtungen beschaffen sind. Der bekannte Statistiker Friedrich Jahn in München hat nun in Verbindung mit den herangezogenen Statistiken Deutschlands in einem umfangreichen Werke die Statistik in Deutschland nach ihrem heutigen Stande im Überblick von der Statistik in Deutschland nach ihrem heutigen Stande veröffentlicht. Aus dieser hochinteressanten Zusammenfassung geht hervor, daß die Statistik in Deutschland bereits einen ziemlich hohen Stand erreicht hat. Aber sie läßt auch nicht minder erkennen, daß noch große Mängel vorhanden sind, die den Wert der statistischen Arbeiten oft in Frage stellen. Der Statistiker Dr. W. Mißke, während am Statistischen Amt der Stadt München, stellt in seinem Vortrag über die räumliche Verteilung und Dichtigkeit der Bevölkerung fest, daß es an einer ausreichenden Organisation des statistischen Dienstes fehle. Professor Dr. C. Landberg stellt fest, daß die deutsche Berufsstatistik in der Behandlung der Familienverhältnisse als einer heimischen Sache, d. i. der Unterchied der Zusammenfassung der Familienverhältnisse, völlig verlaßt. Dieser Mangel besteht nicht nur hinsichtlich der Kinder, sondern auch hinsichtlich der Ehefrau. Wir wissen z. B. zwar, wieviel verheiratete Frauen erwerbstätig sind, aber unter diesen befinden sich unzweifelhaft in erheblicher Anzahl eberverheiratete Frauen und Frauen, deren Ehemann aus irgend welchen Gründen, z. B. wegen Invalidität, nicht arbeitet. Es läßt sich also aus der deutschen Statistik nicht erkennen, in wieviel Familien sowohl der Ehemann als auch die Ehefrau erwerbstätig sind. Das ist nur ein einziges Beispiel von den vielen Mängeln der deutschen Berufsstatistik. Große Mängel noch ferner die Betriebsstatistik auf. Die deutsche Statistik über die landwirtschaftlichen Betriebe z. B. ist sehr erschwerend, weil die Erhebung und die Transmission des statistischen Dienstes unzulänglich sind. Es werden immer noch viele landwirtschaftliche Betriebe angeführt, die bei näherer Untersuchung den Namen gar nicht verdienen. Doch am schmerzlichen ist es in Deutschland mit der Arbeiterstatistik bestellt. Dr. Hellmann drückt sich sehr zurückhaltend aus, wenn er in seinem Vortrag über die Arbeiterstatistik sagt, die Unterlage den Gemeindevorstand, daß es noch nachhaltiger Anstrengung und ausdauernder Maßnahmen bedürfe, um auszuzeichnen, Mittelstellen für die Erkenntnis der hier erwerbenden landwirtschaftlichen Betriebe zu erlangen. Seit dem Jahre 1885 hat in Deutschland keine Massenerhebung mehr über die Arbeiterfamilien stattgefunden. Daraus wurden im ganzen Jahre 1885 28 Personen ermittelt, denen von der österrischen kaiserliche landwirtschaftliche Betriebsstatistik gefolgt waren, darunter 18747 im Gebiete des Industrieunternehmensgebietes. Das sehr hohen sich aber seit dieser Zeit die Verhältnisse v. s. haben und doch ist man immer noch auf

